

1978/79 fegte eine Revolution das Regime von Schah Mohammad Reza Pahlavi im Iran hinweg – eine islamische Revolution, an deren Ende ein Gottesstaat unter Führung der Geistlichkeit stand, mit Ayatollah Khomeini an der Spitze. Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher befand sich in einer Zwickmühle: Einerseits war der Iran ein wichtiger Erdöllieferant und Handelspartner, andererseits verstörte die Gewalt gegen politische Gegner und Vertreter der westlichen Staatengemeinschaft, die in der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran gipfelte. Frank Bösch zeigt auf der Basis neuer Quellen, wie die Bundesregierung auf die islamische Revolution reagierte, zwischen interessengeleitetem Pragmatismus und außenpolitisch gebotener Bündnistreue zu den USA lavierte und so hinter den Kulissen als Vermittler zwischen Teheran und Washington fungieren konnte.

Frank Bösch

Zwischen Schah und Khomeini

Die Bundesrepublik Deutschland und die islamische Revolution im Iran

Die iranische Revolution zählt gerade aus heutiger Perspektive zu den bedeutendsten Umbrüchen der Moderne. Innerhalb weniger Monate stürzte eine Massenbewegung die politische, soziale und kulturelle Ordnung des Landes und verfolgte dabei – ebenso wie andere große Revolutionen – einen universalistischen Anspruch¹. Dies war bereits den Zeitgenossen bewusst, die sogleich das bedrohliche Potenzial erkannten, mitunter aber auch fasziniert auf die Dynamik blickten. So kommentierte der französische Sozialphilosoph Michel Foucault, der im Herbst 1978 für die italienische Tageszeitung *Corriere della Sera* zweimal nach Teheran reiste, noch vor dem Sturz des Schahs: „Das ist vielleicht die erste große Erhebung gegen die weltumspannenden Systeme, die modernste und irrsinnigste Form der Revolte.“² Helmut Kohl hielt die Ereignisse im Iran für eine Gefahr für den Weltfrieden und sah darin einen „Zusammenstoß zwischen entwickelten und sich entwickelnden Staaten“³. Dass unter Khomeinis Führung eine Islamische Republik entstehen würde, erschien vielen westlichen Beobachtern dennoch unvorstellbar. Der Iran galt als moderner, ökonomisch florierender Staat mit einer

¹ Vgl. zur Einordnung Henner Fürtig, Totgesagte leben länger – 30 Jahre iranische Revolution, in: Anke Bentzin u. a. (Hrsg.), *Zwischen Orient und Okzident. Studien zu Mobilität von Wissen, Konzepten und Praktiken*, Freiburg 2010, S. 316–333.

² Michel Foucault, Il mitico capo della rivolta dell’Iran, in: *Corriere della Sera* vom 26. 11. 1978. Deutsche Übersetzung: Das mythische Oberhaupt der Revolte im Iran, in: Ders., *Dits et Ecrits. Schriften*, Bd. 3, Frankfurt a. M. 2003, S. 894–897, Zitat S. 897; vgl. auch Thomas Lemke, „Die verrückteste Form der Revolte“ – Michel Foucault und die Iranische Revolution, in: *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts* 17 (2002), S. 73–89.

³ Fraktionsprotokoll CDU/CSU vom 13. 11. 1979, S. 2, in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, VIII-001–1059/1.

starken Armee und Geheimpolizei. Das Land wurde zudem massiv von den USA unterstützt und war mit vielen westlichen Ländern kulturell verbunden. Umso größer schien der Kontrast zur Islamischen Republik. Was im Iran geschah, wurde deshalb auch als „unthinkable revolution“ bezeichnet; erst die Erfahrung des Massenprotests habe die handlungstreibende Vorstellung ermöglicht, dass ein Regimewechsel tatsächlich gelingen könne⁴.

Die iranische Revolution war ein Ereignis, das quer zur Logik des Kalten Krieges lag. Neben die bipolare Ordnung, in der Kommunismus und Kapitalismus sich gegenüberstanden, trat nun der Islam als eine neue Herausforderung – für den Westen, aber auch für die Sowjetunion und den Nahen Osten. Amerikanische Studien deuteten die iranische Revolution auch als Symbol für „America’s Failing Empire“ (Warren Cohen), das auf künftige neue Herausforderungen durch radikale islamische Bewegungen verwies⁵. Besonders die Geiselnahme in der US-Botschaft gilt als „America’s first encounter with radical islam“, die vor allem deshalb desaströs verlaufen sei, weil die US-amerikanischen Experten den Iran durch die Brille des Kalten Kriegs gesehen und so die Sprengkraft des radikalen Islam unterschätzt hätten⁶. Die Botschaftsbesetzung war, nach dem Abzug aus Vietnam, eine weitere große Demütigung der USA, die auch die westlichen Verbündeten sowie die kommunistischen und islamischen Staaten (wie Saudi-Arabien) zwang, sich deutlicher gegenüber dem Iran und dem Islamismus zu positionieren. Sie stand zudem für einen Kampf mit neuen Regeln, der diplomatische Gepflogenheiten ignorierte, die selbst im Kalten Krieg üblich blieben. Und schließlich löste der Ausfall der iranischen Ölexporte, die immerhin rund ein Zehntel des Weltölhandels betrug, 1979 die zweite Ölkrise aus – mit schwerwiegenden Folgen für viele westliche Länder, aber auch für Osteuropa.

Während die iranische Revolution und die Geiselnahme in der amerikanischen Erinnerung eine zentrale Rolle spielen und narrativ die Darstellungen der 1970er Jahre als Krisenjahrzehnt abrunden⁷, ist ihre Bedeutung für Deutschland bisher kaum beachtet worden. Dies mag daran liegen, dass sich die Zeitgeschichtsforschung vornehmlich auf die klassischen Räume des Kalten Kriegs konzentrierte, aber auch daran, dass die Bundesrepublik bei der iranischen Revolution eher unbeteiligt erscheint. Lediglich Studien zum deutsch-amerikanischen Verhältnis

⁴ Vgl. Charles Kurzman, *The Unthinkable Revolution in Iran*, Cambridge/MA. 2005. Seine auf Interviews gestützte Studie richtet sich gegen klassische soziologische Ex-Post-Erklärungen.

⁵ Vgl. Warren Cohen, *America’s Failing Empire: U.S. Foreign Relations Since the Cold War*, Oxford 2005; Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge/MA. 2007, S. 288 f.

⁶ So die Grundthese von David R. Faber, *Taken Hostage. The Iran Hostage Crisis and America’s first Encounter with Radical Islam*, Princeton 2005.

⁷ Vgl. etwa Thomas Borstelmann, *The 1970s. A New Global History from Civil Rights to Economic Inequality*, Princeton 2012, S. 263–270. Zur differenten Forschungsperspektive vgl. Frank Bösch, *Zweierlei Krisendeutungen: Amerikanische und bundesdeutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre*, in: *Neue Politische Literatur* 58 (2014), S. 217–230.

der späten 1970er Jahre widmeten ihr eine gewisse Aufmerksamkeit und zeigten die erneute Belastung der Beziehungen zu den USA im Zuge der Geiselnahme⁸.

Die Bundesrepublik war jedoch in den 1970er Jahren ökonomisch, kulturell und auch politisch neben den USA der wichtigste westliche Partner Irans. Daher erscheint die Frage lohnend, wie man in Westdeutschland auf den Übergang vom Regime des Schahs zur nicht minder gewaltsamen Herrschaft des islamischen Geistlichen Khomeini reagierte⁹. Gerade im Jahrzehnt der aufkommenden Menschenrechtspolitik¹⁰ war die iranische Revolution eine zentrale Herausforderung, in der auch die bundesdeutschen Zeitgenossen zügellose Gewalt nunmehr stark mit dem Islam zu assoziieren begannen. Inwieweit wahrte die Bundesrepublik trotz des radikalen Islam den Kontakt zum Iran? Wie konnte die Bundesrepublik eine geschmeidige Mittlerrolle, auch bei der Befreiung der US-amerikanischen Geiseln, einnehmen¹¹?

Enge Partner: Die Bundesrepublik und der Iran in Zeiten der Ölkrisen

Die engen Beziehungen zwischen Westdeutschland und dem Iran waren vor allem ökonomisch grundiert. Die Bundesrepublik war vor der Revolution der wichtigste Handelspartner des Iran gewesen, sie blieb es während der Revolution und auch nachdem Khomeini seine Herrschaft etabliert hatte. Auch zählte der Iran für die Bundesrepublik zu den wichtigsten außereuropäischen Exportländern, und selbst während der Geiselnahme Anfang 1980 trug fast die Hälfte aller EG-Exporte in den Iran das Gütesiegel „Made in Germany“¹². Diese engen Handelsbeziehungen waren historisch gewachsen. Zunächst hatten vor allem die Briten von der iranischen Ölförderung profitiert. Zudem sorgte die Besetzung des Landes durch die Briten und Sowjets in beiden Weltkriegen dafür, dass der Unmut gegen die beiden Länder wuchs. Dies kulminierte Anfang der 1950er Jahre in der Verstaatlichung der iranischen Förderanlagen der britischen „Anglo-Persian Oil Company“, um die Einnahmen stärker im eigenen Land zu halten. Die USA unterstützten daraufhin 1953 den Sturz des populären Premierministers Mohammad

⁸ Am ausführlichsten bisher zum diplomatischen Taktieren (mit Blick auf die USA) vgl. Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis: Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005, S. 303–328.

⁹ Einen kritischen historischen Überblick bietet Matthias Küntzel, *Die Deutschen und der Iran. Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft*, Berlin 2009.

¹⁰ In den zahlreichen Darstellungen zur Geschichte der Menschenrechte spielen der Iran und die islamischen Staaten bisher jedoch kaum eine Rolle. Vgl. zuletzt Jan Eckel, *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2014; Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.

¹¹ Besonders dichte Quellen zum Iran fanden sich in den Akten des Bundeskanzleramts im Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch), im Vorlass von Helmut Schmidt und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), wobei insbesondere die Botschaftsberichte aus dem Iran eine wichtige Rolle spielen, die gesondert auch im Bundesarchiv gelagert sind.

¹² Aufstellung Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) vom 26.3.1980, in: BArch, B 136/16652.

Mossadegh, um die westliche Ölförderung abzusichern und setzte fortan auf den Schah und den ihm ergebenen General Fazlollah Zahedi. Während Großbritannien, die USA und die Sowjetunion bei der iranischen Bevölkerung wenig Akzeptanz fanden, besaß (West-)Deutschland, weil es außerhalb dieser Konflikte stand, ein positives Image und erschien wie ein neutraler Partner¹³.

Entsprechend konnte die junge Bundesrepublik in der Ära Adenauer rasch an frühere Beziehungen anknüpfen und war bereits seit 1952 der stärkste Handelspartner des Iran. Deutsche und amerikanische Importe erhielten offiziell eine Vorzugsbehandlung und die Bundesregierung förderte den Handel mit Bürgschaften und relativ hohen Hilfsleistungen. Seit den 1960er Jahren stieg zudem der Export von Waffen in den Iran an¹⁴. Deutsche leiteten Unternehmen im Iran und engagierten sich dort in der Ausbildung. Zugleich kamen Tausende Iraner in die Bundesrepublik, um zu studieren und zu lernen. 1974 mündete diese kulturelle Kooperation in die Gründung der deutsch-iranischen Universität Gilan. Nicht nur säkulare Eliten, sondern auch viele Protagonisten der späteren islamischen Revolution erhielten so eine Ausbildung in Westeuropa. Da der Schah in den 1950er Jahren mit Soraya Esfandiary Bakhtiary eine deutsch-iranische Frau geheiratet hatte, blickte zudem die deutsche Regenbogenpresse fasziniert auf den „Pfaenthron“. Der Iran erschien vielen als märchenhaft orientalische, aber zugleich weltoffene Monarchie, und Soraya wurde zur Ersatzkaiserin der Deutschen¹⁵. Dass der Schah seine Reichtümer im Jet-Set zwischen Davos und der Côte d'Azur verschwendete, verstärkte die Kontakte mit westlichen Eliten, aber ebenso die breite Verachtung für den Monarchen *und* den Westen im Iran.

Spätestens nach den Protesten gegen den Schah-Besuch in Berlin 1967, bei dem der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde, war die autoritäre, gewaltsame und verschwenderische Herrschaft des Mohammad Reza Pahlavi in der Bundesrepublik allgemein bekannt. Dennoch florierten die ökonomischen Beziehungen zum Iran in den 1970er Jahren auch unter der sozialliberalen Bundesregierung. Dazu trug auch die Ölkrise 1973 bei, da der Iran in den Jahren danach zusammen mit Saudi-Arabien bestrebt war, die Preise zu senken. Bis zum Jahr vor der Revolution entwickelte sich der Iran zum größten Öllieferanten der Bundesrepublik, aus dem ein Fünftel aller Importe dieses Rohstoffs stammten¹⁶. Umgekehrt war der Iran der wichtigste bundesdeutsche Absatzmarkt

¹³ Zum Aufbau der Beziehungen in den 1920/30er Jahren vgl. Yair P. Hirschfeld, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte: internationale Beziehungen unter Reza Schah, 1921–1941, Düsseldorf 1980, S. 303–308. Eher eine enge Verbundenheit unterstreicht Küntzel, Die Deutschen und der Iran, S. 43.

¹⁴ Vgl. Sven Olaf Berggötz, Nahostpolitik in der Ära Adenauer: Möglichkeiten und Grenzen, 1949–1963, Düsseldorf 1998; Küntzel, Die Deutschen und der Iran, S. 82; Harald Möller, Waffen für Iran und Irak. Deutsche Rüstungsexporte und ihre Querverbindungen zu den ABC-Waffenprogrammen beider Länder. Ursachen, Hintergründe, Folgen, Berlin 2006, S. 54–62.

¹⁵ Vgl. Simone Derix, Soraya. Die „geliebte Kaiserin“ der Deutschen, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2, Göttingen 2008, S. 186–193.

¹⁶ Vgl. zur internationalen Entwicklung der Ölexporte die Aufstellungen vom 7. 11. 1978, Referat 421 Röskauf, sowie Vorlage Meyer-Landrut für Bundesminister AA vom 12. 8. 1978, in: BArch, B 136/16650.

in der „Dritten Welt“, wobei die jährlichen Exporte bis 1978 auf immerhin 6,35 Milliarden DM anstiegen. Vor allem deutsche Maschinen, Elektrotechnik, Autos und Chemietechnik wurden dorthin verschifft¹⁷.

Selbst die militärische Unterstützung für das autoritäre Regime wuchs im Jahrzehnt des Menschenrechtsdiskurses. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass man statt von „Ausrüstungshilfe“ seit 1974 von „Ausbildungshilfe“ sprach und bei Panzerlieferungen mit Verweis auf NATO-Richtlinien eine gewisse Zurückhaltung übte, wenngleich die Bundesregierung erwog, die Restriktionen durch Lieferung einzelner Panzerkomponenten zu umgehen¹⁸. So wurden zwischen 1974 und 1979 Waffen im Wert von rund einer Milliarde DM in den Iran geliefert, und noch während der Unruhen bestellte der Schah 1978 sechs U-Boote und vier Fregatten bei bundesdeutschen Unternehmen, was die Bundesregierung begrüßte¹⁹. Ein Abkommen von 1974 vereinbarte, 94 iranische Offiziere und Kadetten an der Bundeswehr-Hochschule in München auszubilden²⁰. Die steigenden Ölpreise förderten die ökonomischen Verbindungen. Zudem investierten Ölländer wie der Iran ihre „Petro-Dollars“ in westliche Unternehmen. So kaufte der Iran 25 Prozent der Fried. Krupp Hüttenwerke AG, also eines besonders traditionsreichen Unternehmens der deutschen Schwerindustrie.

Besonders eng erwies sich die deutsch-iranische Zusammenarbeit in der bis heute brisanten Atomwirtschaft. Während die USA hier bereits Mitte der 1970er Jahre Bedenken zeigten, verabschiedete die Bundesregierung am 4. Juli 1976 ein deutsch-iranisches Abkommen über die atomwirtschaftliche Zusammenarbeit, das die Voraussetzungen für die Lieferung von zwei Kernkraftwerken der Kraftwerk Union AG (KWU) schuf. Von ihrer Größe her sollten sie dem damals größten deutschen Atomkraftwerk in Biblis entsprechen. Mit einem Volumen von rund acht Milliarden DM (andere Zahlen sprechen sogar von elf Milliarden) war dies einer der größten deutschen Export-Aufträge überhaupt, der allein in der Bundesrepublik rund 6.000 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren schaffen sollte²¹. Im Iran arbeiteten Deutsche auch beim Aufbau eines iranischen Kernforschungszen-

¹⁷ Bericht Referat 213 vom 2. 1. 1979, in: BArch, B 136/16650.

¹⁸ AA vom 21. 3. 1974, in: BArch, B 136/17572. Zum Export von Leopard-Panzern in den Iran vgl. die kritische Aufzeichnung Hermes und Lahn vom 1. 3. 1974, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1974, Bd. 1, bearb. von Daniela Taschler, Fabian Hilfrich und Michael Ploetz, München 2005, Dok. 66, S. 274f., und Aufzeichnung Hermes vom 27. 5. 1974, in: Ebenda, Dok. 153, S. 648f.

¹⁹ Vgl. Hermes an Botschaft in Teheran vom 7. 3. 1978, in: AAPD 1978, Bd. 1, bearb. von Daniela Taschler, Amit Das Gupta und Michael Mayer, München 2009, Dok. 71, S. 354–356. Hermes bezieht sich hier auch auf einen Vermerk von Lautenschlager vom 17. 2. 1978 (ebenda, S. 355, Anm. 7). Dies war öffentlich bekannt; vgl. Der Spiegel vom 6. 3. 1978, S. 31; vgl. auch Möller, Waffen, S. 62.

²⁰ Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Pagenstert vom 4. 7. 1980, in: AAPD 1980, Bde. 1 u. 2, bearb. von Tim Geiger, Amit Das Gupta und Tim Szatkowski, München 2011, hier Bd. 2, Dok. 201, S. 1086f.

²¹ AA Ref. 413 (VS) vom 7. 7. 1976, in: BArch, B 136/17572. Nur sehr knapp erwähnt in: Stephan Geier, Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt, Paderborn 2013, S. 326.

trums mit, wobei das Bundesministerium für Forschung und Technologie die Beratungstätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Kernforschung finanzierte²². Zahlreiche Iraner studierten zudem an europäischen Universitäten Atomphysik, wobei das Land langfristig nicht nur eine zivile, sondern auch eine militärische Nutzung anstrebte. Der Schah bot für die intensivierete Zusammenarbeit nach der ersten Ölkrise 1973 mehr Öl an²³.

In den Berichten des Auswärtigen Amts zu den Staatsbesuchen im Iran in den 1970er Jahren finden sich entsprechend lange Ausführungen zu den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, kaum jedoch etwas zu Menschenrechtsfragen. Beim Besuch von Wirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) vermerkten die Gesprächsnotizen lediglich, dass gegen Schah-feindliche Gruppen in der Bundesrepublik vorgegangen werden müsse²⁴. Doch obwohl insbesondere die Bundesrepublik die Politik des Schahs vielfältig ökonomisch förderte, galten die Deutschen in der Bevölkerung, auch bei den Islamisten, im geringeren Maße als die USA als Feindbild. Dies lag sicherlich auch am amerikanischen Engagement im Israel-Konflikt.

Unmittelbar vor der Revolution war der Iran auf dem Höhepunkt seiner Öllieferungen. Der Anteil am Weltmarkt betrug zehn Prozent, an der OPEC-Produktion zwanzig Prozent. Für viele westliche Länder war der Iran nun der wichtigste Öllieferant, von dem ähnlich wie die Bundesrepublik auch Japan oder die Niederlande rund ein Fünftel der Einfuhren bezogen; Israel und Südafrika waren sogar noch stärker von Importen aus dem Iran abhängig. Selbst in Ländern mit eigenen Ölreserven wie den USA oder Großbritannien machte iranisches Öl rund 10 bzw. 17 Prozent der Einfuhren aus²⁵. Nachdem die OPEC 1978 ohnehin Preiserhöhungen angekündigt hatte, schnellten die Ölpreise mit dem Ausfall des iranischen Öls im Zuge von Protesten und Streiks seit Ende 1978 rasant in die Höhe – in absoluten Preisen sogar deutlich stärker als bei der Ölkrise 1973. Besonders beunruhigend wirkte die Annahme, dass Saudi-Arabien die Ölproduktion nicht weiter steigern könne und nur noch Reserven für 20 Jahre habe²⁶. In dieser Konstellation entwickelten die Planungsstäbe der Bundesregierung eine sehr pragmatische Position zur ausbrechenden Revolution: Nicht Khomeini, „nicht der Schah, sondern das potentiell reiche Land [sei] unser Partner“, hieß es in einer Vorlage für Bundeskanzler Helmut Schmidt²⁷.

²² BMWi an Botschaft Teheran vom 28. 10. 1978, in: BArch, B 136/17572.

²³ Ritzel/Botschaft Teheran an AA vom 2. 8. 1977, in: Ebenda.

²⁴ Wieck/Botschaft Teheran an AA vom 21. 10. 1976, in: Ebenda.

²⁵ Referat 421 Rößkau vom 7. 11. 1978, in: BArch, B 136/16650; Vermerk für Bundeskanzler vom 15. 1. 1979, in: Ebenda; vgl. Fiona Venn, *The Oil Crisis*, London 2002, S. 91.

²⁶ Ursula Braun, Expertengespräch Iran vom 22. 6. 1979, in: BArch, B 136/16651.

²⁷ Vorlage für Bundeskanzler Schmidt, Referat 213 vom 6. 2. 1979, und Referat 311 vom 5. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

Der Westen und das Aufkommen der Revolution

Während sich die Industrienationen in West und Ost mit dem Schah-Regime weitgehend arrangiert hatten, nahmen im Iran wellenartig die Proteste zu. Diese hatten viele Ursachen – ökonomische, kulturelle und politische. Eine genuin islamistische Mobilisierung, die sich gegen den westlichen Imperialismus und westliche Kultur richtete, kam erst vergleichsweise spät in den 1960/70er Jahren auf. Der Konflikt mit Israel schuf ein weiteres Band, das Islamisten grenzübergreifend einigte²⁸. Die „Weiße Revolution“ des Schah, die 1963 in einem Referendum bestätigt wurde, sorgte für das aktive und passive Wahlrecht für Frauen, den Ausbau von säkularer Bildung und eine Landreform, was den Unmut der islamischen Geistlichen förderte. Aber auch für die Proteste der 1970er Jahre waren die sozio-ökonomische Situation und die politische Repression entscheidender als die Sehnsucht nach einer Islamischen Republik. Die Empörung der Bevölkerung richtete sich besonders dagegen, dass die steigenden Ölgewinne nur die Oberschicht und vor allem die Angehörigen des Schahs erreichten, die Lebenshaltungskosten hingegen stiegen. Dass der Schah den Nationalismus förderte und mit religiösen Traditionen brach, wie bei seiner Kalenderreform, verstärkte den Zorn der Geistlichen und Gläubigen zusätzlich. Die internationalen Kampagnen für Menschenrechte seit Mitte der 1970er Jahre dürften ebenfalls den Unmut im Iran weiter geschürt haben. Nicht nur Organisationen wie *Amnesty International* kritisierten die Menschenrechtssituation im Land. US-Präsident Jimmy Carter, der seit 1977 den Einsatz für Menschenrechte forcierte, monierte nun auch die iranischen Folterkeller in der Weltöffentlichkeit, wenngleich die iranische Bevölkerung Menschenrechte nicht als Schlüsselthema wahrnahm²⁹. Proteste gegen den Schah, wie in der Bundesrepublik oder etwa in den USA 1977, beeindruckten freilich auch die Iraner³⁰.

Der Schah reagierte auf die Proteste 1978 mit einer Mischung aus Zugeständnissen und Gewalt. Er ließ mehr politische Gruppen und Meinungsfreiheit zu. Auch nahm er besonders umstrittene Reformen zurück, wie den neuen Kalender, Casinos oder das weiblich besetzte Frauenministerium³¹. Westliche Beobachter sahen diese Maßnahmen zynisch als die Ursachen der Unruhen. „Es ist zu hoffen, daß das Tempo der Veränderungen verlangsamt wird“, hieß es in einer Bonner

²⁸ Vgl. Fakhreddin Azimi, *The Quest for Democracy in Iran: A Century of Struggle against authoritarian Rule*, Cambridge 2008, S. 339f.; Homa Katouzian, *Musaddiq and the Struggle for Power*, London 1991, S. 156–193.

²⁹ Im Vordergrund standen aber bei Carter andere Länder wie z. B. Südkorea. Vgl. Jan Eckel, *Schwierige Erneuerung. Die Menschenrechtspolitik Jimmy Carters und der Wandel der Außenpolitik in den 1970ern*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 66 (2015), S. 5–24.

³⁰ Selbst der spätere Vize-Ministerpräsident Tabatabai führte den Umsturz auf Carters Menschenrechtspolitik zurück; Gespräch Genschers mit Tabatabai am 21. 3. 1980, in: *AAPD* 1980, Bd. 1, Dok. 88, S. 496–501, hier S. 496.

³¹ Vorlage Montfort für Staatssekretär vom 7. 9. 1978, in: *BArch*, B 136/16650.

Ministerialvorlage³². Ebenso urteilte die bundesdeutsche Botschaft in Teheran, die „Zügellosigkeit“ auf den iranischen Straßen spiegele den „politischen Reifegrad der iranischen Massen wider“³³.

Zugleich reagierte das Regime in Teheran 1978 mehrfach mit gewaltsamen Polizeieinsätzen, durch die zahlreiche Demonstranten starben³⁴. Zugeständnisse und staatliche Gewalt verstärkten die Proteste. Vor allem die Streiks in der Ölindustrie, deren Arbeiter mehr Lohn verlangten, brachten das Regime in Bedrängnis, da dies die Wirtschaft lahmlegte. Als sich am 11. Dezember 1978 über eine Million Menschen versammelten, trugen die Sprecher der Bewegung Khomeini offiziell die Führung des Landes an³⁵. Durch die Streiks lief nur noch ein Fünftel der Produktion, Banken wurden zerstört und waren nicht mehr liquide, auch deutsche Händler vor Ort, wie die Filialen von BMW und VW, meldeten Zerstörungen³⁶.

In vielen Ländern der Welt gingen Exil-Iraner ebenfalls auf die Straße. So versammelten sich in Frankfurt rund 7.000 islamistische Schah-Gegner; bei Auseinandersetzungen gab es hunderte Verletzte³⁷. Als der Schah am 16. Januar 1979 schließlich vor den Massenprotesten floh, überantwortete er Premierminister Schapur Bakhtiar die Regierungsgeschäfte, der mit Reformen versuchte zu retten, was nicht mehr zu retten war. Die millionenfachen Proteste, die schließlich zur Flucht des Schahs führten, gingen dabei von sehr unterschiedlichen Gruppen aus: Kommunisten und Sozialisten protestierten ebenso wie Liberale oder gemäßigte islamische Gruppen. Welche Strömung sich durchsetzen würde, war zunächst unklar³⁸. Was die Träger der Revolte in dieser Phase einte, war eben nicht die Sehnsucht nach einem islamischen Staat, sondern der Kampf gegen den Schah, die Forderung nach größerer sozialer Gerechtigkeit und ein Nationalismus, der sich gegen den westlichen Einfluss und den westlichen Profit am iranischen Öl richtete³⁹.

³² Vorlage Petersen für Staatssekretär vom 16. 8. 1978 und Vorlage Montfort für Staatssekretär vom 7. 9. 1978, in: Ebenda.

³³ Bericht Botschaft Teheran an AA vom 17. 10. 1978, in: Ebenda.

³⁴ Die Todeszahlen sind unklar: offiziell wohl 64, von 600 Toten spricht Stuti Bhatnagar, *Revolution in Iran, 1979 – the Establishment of an Islamic State*, in: P. K. Kumaraswamy (Hrsg.), *Caught in the Crossfire: Civilians in Conflicts in the Middle East*, Ithaca 2008, S. 95–118, hier S. 98.

³⁵ Vgl. Nikki R. Keddie, *Modern Iran. Roots and Results of Revolution*, New Haven 2003, S. 234.

³⁶ Bericht AA vom 7. 10. 11. 1978, Arbeitsstab Iran vom 6. 11. 1978, Botschafter Ritzel Teheran vom 31. 1. 1979, alle in: BArch, B 136/16650.

³⁷ Bericht AA vom 13. 1. 1979, in: Ebenda.

³⁸ Die Vielfalt der Protestierenden betonen alle Darstellungen; vgl. Peyman Jafari, *Der andere Iran: Geschichte und Kultur von 1900 bis zur Gegenwart*, Bonn 2010, S. 72; Amir Sheikhzadegan, *Die iranische Revolution von 1979: Eine makrosoziologische Analyse*, in: *Asiatische Studien* 59 (2005), S. 857–878, hier S. 871.

³⁹ Vgl. Keddie, *Modern Iran*, S. 212.

Khomeini als das „kleinere Übel“? Der Islam als Herausforderung im Kalten Krieg

Am 1. Februar 1979 landete Khomeini in Teheran, und in nur wenigen Wochen gelang es ihm und seinen islamischen Anhängern, alle Schaltstellen der Macht zu übernehmen. Diese Entwicklung zeigt nicht zuletzt die fundamentale Unterschätzung Khomeinis durch die Regierungen und Eliten der westlichen Welt, die sich aus dem Denken des Kalten Kriegs und Vorurteilen gegenüber dem Islam speiste. Khomeini wirkte gegenüber den dynamischen Politikern der 1970er Jahre wie aus der Zeit gefallen: Ein gebrechlicher, grimmig blickender Geistlicher ohne politische Erfahrung, der auch nach seiner Machtübernahme in einem kargen Zimmer bei seiner Schwester wohnte und die Sharia einführen wollte, war dem Westen als Staatslenker denkbar fremd⁴⁰. Entsprechend gingen westliche, aber auch arabische Politiker davon aus, dass sich Khomeini im Falle eines Erfolgs nicht dauerhaft würde halten können und sein Charisma vergänglich sei⁴¹. Aber auch der saudi-arabische Außenminister bezeichnete ihn intern als „primitive personality“⁴². Und Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte sich gegenüber dem ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat vertraulich: „Die Ayatollahs könnten das Land auf Dauer nicht regieren.“⁴³

Die westlichen Regierungen erkannten dennoch bereits im Februar die aus der Revolution hervorgegangene provisorische Regierung unter Mehdi Bazargan an, obgleich fortlaufend Berichte über die eskalierende Gewalt auf Teherans Straßen kursierten. Außenminister Hans-Dietrich Genscher verkündete schon in der Kabinettsitzung am 14. Februar 1979 „die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen“ und Schmidt vermeldete ein Glückwunschtelegramm an Bazargan, den er dem demokratischen Lager zurechnete⁴⁴. Während die SPD-Führung mit anti-amerikanischem Einschlag die Anerkennung der Revolution forderte, da der „Shah ein undemokratischer Bündnispartner des Westens“ gewesen sei⁴⁵, betonten das Auswärtige Amt und die Botschaft in Teheran erleichtert, dass im neuen iranischen Kabinett keine „links-extremen Kräfte“ vertreten seien und Bazargan eine effektive Kontrolle über das Land erreicht habe⁴⁶.

Ähnlich reagierten auch die westlichen Nachbarn. Frankreich und Großbritannien erkannten die neue Regierung ebenfalls mit antikommunistischen Argumenten an. Der französische Außenminister Jean François-Poncet bemerkte la-

⁴⁰ Vgl. die Biographie von Baqer Moin, Khomeini: Life of the Ayatollah, New York 2000.

⁴¹ Botschafter Washington an AA vom 25. 1. 1979, in: BArch, B 136/16650.

⁴² Aufzeichnung Gespräch Schmidt-Prinz Saud vom 19. 1. 1979, in: Archiv der sozialen Demokratie Bonn (künftig: AdSD), 1/HSAA008825.

⁴³ Deutsch-ägyptisches Regierungsgespräch (Schmidt-Sadat) am 29. 3. 1979, in: AAPD 1979, Bde. 1 u. 2, bearb. von Michael Ploetz und Tim Szatkowski, München 2010, hier Bd. 1, Dok. 94, S. 421–427, Zitat S. 427.

⁴⁴ Kurzprotokoll Kabinettsitzung, 14. 2. 1979, Sprechzettel Bundeskanzler, 15. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

⁴⁵ Karsten Voigt laut SPD-Pressedienst vom 12. 2. 1979.

⁴⁶ Bericht Botschaft Teheran, 14. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

tent optimistisch über Khomeini: „Wenn er auch nicht die beste Lösung für den Iran sei, so sei er auch nicht die schlechteste“, da „die jetzigen Persönlichkeiten im Iran dabei sind, die Dinge verwaltungsmäßig wieder in den Griff zu bekommen“⁴⁷. Noch deutlicher formulierte dies Präsident Valéry Giscard d'Estaing gegenüber Bundeskanzler Schmidt: Da bei einem Sieg der Linken keine Wirtschaftsbeziehungen möglich seien, hoffe er „auf einen Sieg Khomeinis – wenn dieser auch sehr hart und blutrünstig sei, und auf eine Niederlage von dessen Gegenspielern sowie den Kommunisten“⁴⁸. Am 23. Februar resümierten schließlich auch die NATO-Außenminister: „Nur Khomeini verfügt über eine genügend breite Basis. Jede andere Lösung ist unter den gegebenen Umständen für den Westen schlechter.“⁴⁹ Die Administration von US-Präsident Jimmy Carter bemühte sich in gutem Glauben ebenfalls um ein Auskommen mit den neuen Machthabern. Ihr Vertrauen auf den neuen Premierminister Bazargan schwächte dabei den Protest gegen den Regimewechsel⁵⁰.

Ein weiterer wichtiger Grund für diese wohlwollende Position war die Annahme, die Sowjetunion würde auf eine sozialistische Revolution im Iran hoffen und sei an einer instabilen Lage interessiert⁵¹. Tatsächlich suchten die Sowjetunion und sozialistische Verbündete wie die DDR rasch ein gutes Verhältnis zur neuen islamischen Regierung⁵². Am Tag vor Khomeinis Rückkehr aus dem französischen Exil stellte sich die *Pravda* etwa auf die Seite des Ayatollah und erkannte die neu gebildete Regierung an, um Einfluss zu sichern⁵³. Der Anti-Amerikanismus erwies sich als ein Bindeglied, und entsprechend gab das Sprachrohr der KPdSU den USA die Schuld an Toten bei den letzten Massendemonstrationen. Auf westlicher Seite wuchs dabei die Angst, dass die Sowjets nun von Äthiopien über den Südjemen bis hin nach Afghanistan den Persischen Golf und damit die Hälfte der Weltölvorräte umkreisen und so auch Zugang zur Straße von Hormus erhalten könnten⁵⁴. Tatsächlich forderte die Sowjetunion Zurückhaltung von den Amerika-

⁴⁷ Zit. nach François-Poncet am 23.2.1979 bei deutsch-französischer Konsultation, in: AdSD, 1/HSAA006730; Gespräch Genschers mit François-Poncet am 22.2.1979, in: AAPD 1979, Bd. 1, Dok. 50, S. 214–225, Zitat S. 223.

⁴⁸ Gesprächsaufzeichnung Giscard d'Estaing-Schmidt vom 23.2.1979, in: AdSD, 1/HSAA006730.

⁴⁹ Botschafter Pauls, Brüssel, an AA vom 21.2.1979, in: AAPD 1979, Bd. 1, Dok. 49, S. 207–213, Zitat S. 208.

⁵⁰ Vgl. Christian Emery, *US Foreign Policy and the Iranian Revolution: The Cold War Dynamics of Engagement and Strategic Alliance 1978–81*, New York 2013, S. 105–107.

⁵¹ Vgl. Botschafter Pauls, Brüssel, an AA vom 21.2.1979, und Botschafter Wieck, Moskau an AA vom 1.3.1979, in: AAPD 1979, Bd. 1, Dok. 49, S. 208–211 u. S. 208f., Anm. 11; Aufzeichnung Ruhfus vom 29.6.1979, in: Ebenda, Dok. 193, S. 936–939, hier S. 938.

⁵² Die guten Beziehungen zur Islamischen Republik priesen etwa: Neues Deutschland vom 3.4.1979, S. 1, und vom 9.4.1979, S. 1.

⁵³ Auswertung sowjetische Presse, AA, 31.1.1979, in: BArch, B 136/16650. Vgl. auch die Bilanz zu den *Pravda*-Artikeln des FAZ-Korrespondenten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.1.1979, S. 12 („Moskau blickt mit gemischten Gefühlen nach Iran“).

⁵⁴ Vorlage Ref. 405 AA vom 29.1.1980, in: PA/AA, ZA 126878; Ref. 405 AA vom 29.5.1980, in: Ebenda.

nern und eine Mitsprache in der Golf-Region⁵⁵. Die sowjetische Freude über den Abfall von den USA ging freilich mit einer Verunsicherung darüber einher, dass sich in direkter Nachbarschaft zum muslimischen Süden der Sowjetunion der Islamismus ausbreitete⁵⁶. Der spätere sowjetische Einmarsch in Afghanistan war auch eine Reaktion auf diese Destabilisierung und bestätigte zugleich die westlichen Ängste vor einem sowjetischen Ausgreifen in die ölfreiche Region.

Neben dem Anti-Kommunismus trugen vor allem ökonomische Interessen zur raschen internationalen Anerkennung der Revolution bei. Besonders deutlich belegen dies die internen Einschätzungen des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Khomeinis Rückkehr nach Teheran: Wer immer regiere, hieß es hier, „Iran ist und bleibt Erdölexporteur. [...] Für den Westen bleibt der entscheidende Gesichtspunkt, daß der Iran nicht in den Einflußbereich der Sowjetunion abdriftet.“⁵⁷ Nicht minder deutlich erklärte der deutsche Botschafter in Teheran dem Revolutionsratsmitglied und Minister für Wirtschaftsplanung, Ezatollah Sahabi, „daß wir Außenhandelspartner brauchen, Iran übrigens auch, und daß Außenpolitik in der Regel nicht mit moralischen Maßstäben zu messen sei“⁵⁸. Der Westen wollte den Umbruch im Iran optimistisch betrachten, um ökonomische Verbindungen zu sichern. Denn längst schnellten die Ölpreise rasant in die Höhe, und das Ringen um den NATO-Doppelbeschluss heizte den Kalten Krieg wieder an. Entsprechend wurde der stellvertretende Premierminister Sadegh Tabatabai schon seit Frühjahr 1979 mehrfach in Bonn empfangen, etwa vom Wirtschaftsminister und vom Staatssekretär des Innenministeriums, um über einen neuen Nachrichtendienst und über eine gemeinsame Terrorismusbekämpfung zu sprechen⁵⁹.

Dass der Westen Khomeini akzeptierte, wurde sicher auch durch seine geschickte Medienpolitik gefördert, die der Weltöffentlichkeit zugleich drohte und Kompromissbereitschaft signalisierte. Khomeini betrat die weltpolitische Bühne erst wenige Monate vor seiner Machtübernahme im Herbst 1978 in seinem Pariser Exil, indem er in kurzer Zeit rund 130 Interviews gab. Mitunter warteten hunderte Journalisten vor seinem Haus, um ihn bei seinen Spaziergängen abzufangen⁶⁰. Als er am 1. Februar 1979 in Teheran landete, waren rund 150 Journalisten aus aller Welt an Bord seines Flugzeugs, darunter etwa der *ZDF*-Reporter Peter Scholl-Latour und der *Spiegel*-Korrespondent Volkhard Windfuhr⁶¹. Zu einigen,

⁵⁵ Vgl. zu Breschnews Rede Botschaft Moskau an AA vom 1. 3. 1980, in: PA/AA, ZA 126878.

⁵⁶ Vgl. Botschafter von Staden, Washington, an AA vom 8. 2. 1979, in: AAPD 1979, Bd. 1, Dok 33, S. 149–153, hier S. 152.

⁵⁷ Referat 311, Lage im Iran vom 6. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

⁵⁸ Botschaft Teheran vom 20. 3. 1979, in: Ebenda.

⁵⁹ Ritzel an AA vom 20. 5. 1979 und 29. 6. 1979, in: PA/AA, B 150.

⁶⁰ Vgl. Moin, Khomeini, S. 192. Auch seine Tochter erinnert, dass Khomeini laufend Radionachrichten hörte; vgl. Robin Wright, *The Last Great Revolution: Turmoil and Transformation in Iran*, New York 2000, S. 49.

⁶¹ Vgl. Shaul Bakhash, *The Reign of the Ayatollahs: Iran and the Islamic Revolution*, New York 1984, S. 49. Iranische Journalisten ließ Khomeini nicht vor, wie Amir Taheri, erinnert; vgl. ders., *The Spirit of Allah: Khomeini and the Islamic Revolution*, London 1985, S. 205. Die Angaben zur Zahl der Journalisten im Flugzeug schwanken, einige sprechen von bis zu 200; vgl. Carole Jerome, *Back to the Veil*, in: *New Internationalist* vom 1. 9. 1980.

wie zu Peter Scholl-Latour, hatte sein Beraterkreis sogar ein gewisses Vertrauensverhältnis aufgebaut, so dass sie nun ebenfalls die Rolle des Mittlers einnahmen⁶². Die Weltpresse baute Khomeini auf diese Weise nicht nur gegenüber dem Iran, sondern auch in der internationalen Politik zu einer Führungsfigur auf.

Gegenüber den Medien drohte Khomeini bereits vor seiner Machtübernahme, die unter dem Schah eingeleiteten Wirtschaftsverträge neu zu verhandeln – etwa die iranische Beteiligung bei Krupp oder die deutschen U-Boot- oder Kernkraftwerkslieferungen, was der *Bild*-Journalist sogleich dem Auswärtigem Amt meldete⁶³. Ebenso betonte er immer wieder, irisches Öl als politische Waffe einzusetzen: Israel und Ägypten würden kein Öl mehr bekommen, ansonsten würde der Iran einen „fairen Preis“ verlangen, was auf Preiserhöhungen hindeutete⁶⁴. In den meisten Interviews versprach Khomeini, das Land gleichermaßen gegen die Amerikaner und Sowjets zu positionieren: Die USA würde er respektieren, wenn Amerikaner das Land verließen und sich nicht einmischten, ebenso die UdSSR, aber keine Regierung mit Marxisten bilden.

Andererseits trat Khomeini in den Interviews aber auch überraschend gemäßigt und kompromissbereit auf. Vielfach benutzte er die Sprache der Demokratie, der Menschenrechte und des sozialen Ausgleichs, indem er sich vom undemokratischen Handeln des Schahs abgrenzte. So versprachen er und seine Berater noch kurz vor seiner Reise nach Teheran freie Wahlen, Pressefreiheit und eine Verfassung, aber islamische Bedingungen für die Kandidatenauswahl⁶⁵. So würden Frauen künftig nicht aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Diese Kompromiss-signale ermöglichten ihm, nach seiner Ankunft im Iran sehr unterschiedliche Protestgruppen unter seiner Führung zu vereinen.

Derartige Kompromisse erklären auch die westliche Fehleinschätzung des Machtwechsels. So setzte Khomeini mit Bazargan einen Premierminister ein, der sowohl im islamischen als auch im säkularen Widerstand gegen den Schah verankert war und eher der liberalen islamischen Richtung angehörte. Der Teheraner Professor, der in Frankreich Ingenieurwissenschaften studiert und in der französischen Armee gekämpft hatte, galt auch den westlichen Diplomaten als respektabel. So sah der bundesdeutsche Botschafter im Iran ihn als „Gewähr dafür, daß eine gewaltlose und weitgehend einvernehmliche Lösung ausgearbeitet werden kann“. Ob Khomeini einen Gottesstaat oder eine Demokratie anstrebe, sei offen⁶⁶. Ebenso fanden sich im Teheraner Kabinett Vertreter unterschiedlicher Protestbewegungen, die sich in den ersten diplomatischen Gesprächen ebenfalls mit

⁶² Dies führte er später vielfach aus; vgl. Peter Scholl-Latour, *Allah ist mit den Standhaften. Begegnungen mit der islamischen Revolution*, Stuttgart 1983, S. 95 f.

⁶³ Referat 421 Röskau vom 7. 11. 1978, in: BArch, B 136/16650. Auch in den USA sammelte man diese Aussagen Khomeinis; vgl. Congress US/Joint Economic Committee (Hrsg.), *Economic consequences of the revolution in Iran: a compendium of papers*, Washington 1980, hier S. 226.

⁶⁴ Vermerk AA vom 7. 1. 1979, in: BArch, B 136/16650.

⁶⁵ Vgl. etwa Khomeinis Interview mit Spiegel Korrespondent Windfuhr: „Ich bin der Sprecher dieses Volkes“, in: *Der Spiegel* vom 22. 1. 1979, S. 110 f.

⁶⁶ Botschafter Teheran an AA vom 5. 2. sowie vom 6. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

moderaten Aussagen zu Wort meldeten. So versprach etwa Hassan Nahsi, Mitglied des Revolutionsrats und Vertrauter Bazargans, den Bonner Diplomaten, die kommende Republik werde nur dem Namen nach islamisch sein und „sich am freiheitlichen Gedankengut der westlichen Welt orientieren“⁶⁷.

Aber schon im März 1979 wurde mehr als deutlich, dass sich die westlichen Politiker ebenso getäuscht hatten wie ihre sowjetischen Kollegen, deren Hoffnungen rasch zerplatzten. Den iranischen Marxisten gelang es nicht, die Sprache der (Land-)Arbeiter zu sprechen und sie zu mobilisieren. Dass sie als Handlanger Moskaus galten, erschwerte ihre Stellung zusätzlich⁶⁸. Khomeini etablierte die Islamische Republik mit scheindemokratischen Zugeständnissen, populistischen Versprechungen und nackter Gewalt. So leitete er den Systemwechsel mit einer Abstimmung ein, bei der 98 Prozent für eine Islamische Republik und gegen die Monarchie votierten. Andere Möglichkeiten, etwa eine Demokratie westlicher Prägung oder eine sozialistische Republik, waren bei der Volksabstimmung jedoch nicht vorgesehen. Ähnlich verfuhr Khomeini mit der neuen Verfassung, über die er abstimmen ließ: Sie war einerseits an vielen Stellen demokratisch geprägt, um unterschiedliche politische Gruppen einzubinden, andererseits zementierte sie die Vormachtstellung der Geistlichkeit. So legte sie das islamische Recht als Grundlage des Rechtswesens fest und gab die politische und religiöse Leitung in die Hände des Stellvertreters des 12. Imans, was de facto Khomeinis Stellung absicherte⁶⁹. Durch die Verfassung entstand eine Doppelstruktur von geistlicher Macht und säkulare Regierung, wobei die Geistlichen zur Wahl nur ausgewählte Kandidaten zuließen⁷⁰.

Ferner lockte Khomeini mit populistischen Versprechungen. So sollte eine „Stiftung der Unterdrückten“ aus dem Vermögen des Schahs und seiner Günstlinge die mittellose Unterschicht unterstützen. Eine Landreform war zudem dazu gedacht, mittellose Landarbeiter zu selbstständigen Bauern zu machen, die sich in Genossenschaften zusammenschließen sollten⁷¹. Ebenso betonte er mit Blick auf die wichtigen Basarhändler den Schutz des Privateigentums. Zugleich wurde der Umbau von Staat und Gesellschaft mit Gewalt durchgesetzt. Revolutionsgerichte und islamische Garden richteten öffentlich politische Gegner hin. Volksmilizen übernahmen Polizeistationen und Kasernen, wodurch zahllose Waffen kursierten, die die Gewalt dynamisierten und Widerstand erstickten⁷². Neben den Toten auf der Straße gab es hunderte von Hinrichtungen durch nicht-öffentliche

⁶⁷ Botschafter Teheran an AA vom 14. 2. 1979, in: Ebenda.

⁶⁸ Vgl. Maziar Behrooz, *Rebels With A Cause: The Failure of the Left in Iran*, London 2000, S. 138–151.

⁶⁹ Anschaulich zur Verfassung vgl. Ervand Abrahamian, *A History of Modern Iran*, Cambridge 2014, S. 163–165. Die Wiederkehr des verborgenen zwölften Imam ist ein zentrales Glaubenselement der Schiiten (sog. Zwölfer-Schia). Bis er erscheint, sieht die iranische Verfassung von 1979 eine Stellvertretung durch den Klerus vor.

⁷⁰ Vgl. Keddie, *Modern Iran*, S. 242 f.; Azimi, *The Quest*, S. 414.

⁷¹ Vgl. Abrahamian, *Modern Iran*, S. 179 f.

⁷² Vgl. Philipp W. Fabry, *Zwischen Schah und Ayatollah. Ein Deutscher im Spannungsfeld der Iranischen Revolution*, Gießen 1983, S. 30 u. S. 36 f.

Schnellverfahren, die vor allem ehemalige Politiker, Schah-Anhänger, Offiziere und Polizeikommandeure betrafen⁷³. Während die Bevölkerung die Hinrichtung von Polizeichefs, die für die Folter unter dem Schah verantwortlich waren, noch tolerierte, fand die Hinrichtung des Ex-Premierministers Amir Abbas Hoveyda auch im Iran nicht ungeteilte Zustimmung⁷⁴.

Die westlichen Staaten suchten zwar weiterhin die Nähe zum Iran, protestierten seit März 1979 zumindest aber gegen die Tötung von früheren Spitzenpolitikern, die sie kurz zuvor noch hofiert hatten. Auch die Bundesregierung empörte sich vor allem über das Todesurteil gegen den langjährigen Regierungschef Hoveyda. Am 8. April 1979 wurde er dennoch exekutiert, u. a. mit der Begründung, er habe den USA und Israel Öl für ihre Kriege zugeführt⁷⁵. Die diplomatischen Interventionen waren jedoch recht zahnlos. So trafen sich die Botschafter der Bundesrepublik, Frankreichs und Irlands mit Bazargan und legten eine vertrauliche Demarche der EG-Staaten vor, die zumindest ordentliche Verfahren verlangte⁷⁶. Sanktionen oder spürbare Proteste erfolgten jedoch nicht.

Die Islamische Republik schränkte zahlreiche Grundrechte ein, für die gerade in den 1970er Jahren Politiker und soziale Bewegungen weltweit gekämpft hatten. Das galt besonders für die Rechte von Frauen. Bereits im März durften Frauen sich nicht mehr an Gerichten beteiligen, Moralkomitees überwachten die Kleidungsvorschriften und Verhaltensweisen, was de facto einen Zwang zum Tragen des Chador bedeutete. Der Mann erhielt die Entscheidungsgewalt und das Recht zur Scheidung, das Heiratsalter wurde schrittweise auf neun Jahre gesenkt. Schließlich hatten Frauen nicht einmal mehr das Recht, vor Gericht gleichwertige Zeugenaussagen zu machen. Im Mai 1979 wurden ko-educative Schulen abgeschafft und verheiratete Frauen vom Schulbesuch ausgeschlossen⁷⁷. Zahlreiche weltliche Schulen und Universitäten mussten ihre Pforten schließen, da nicht-islamische Studien als Einfallstor für westliche Werte galten⁷⁸. Lehrmaterial wurde „gereinigt“, die Geschichte umgeschrieben und die in der Revolution erkämpfte Pressefreiheit zunehmend eingeschränkt, auch durch Selbstzensur.

Für die politische Linke im Westen war die iranische Revolution deshalb eine schwierige Herausforderung. Religiöse Regime dieses Zuschnitts, die den Papst an Konservatismus weit übertrafen, standen ihr eigentlich denkbar fern. Aber aufgrund der anti-amerikanischen, konsumkritischen und revolutionären Konstellation zeigten Teile der Linken doch vielfach Sympathie. So pries Joschka Fischer im Februar 1979 im *Pflasterstrand* die islamische Revolution, „denn sie richtet sich auch und gerade gegen das Eindringen des konsumistischen Atheismus der west-

⁷³ Vgl. Abrahamian, *Modern Iran*, S. 181.

⁷⁴ So Botschaftsrat Strenziok/Teheran an AA vom 9. 4. 1979, in: AAPD 1979, Bd.1, Dok. 103, S. 463 f.

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 463; Vorlage vom 16. 3. 1979 und vom 9. 4. 1979, in: BArch, B 136/16651. Aus amerikanischer Sicht vgl. Con Coughlin, *Khomeini's Ghost. Iran since 1979*, London 2009, S. 155.

⁷⁶ Botschaft Teheran vom 30. 4. 1979, in: BArch, B 136/16651.

⁷⁷ Vgl. etwa Bhatnagar, *Revolution*, in: Kumaraswamy (Hrsg.), *Caught in the Crossfire*, S. 106 f.

⁷⁸ Die schwer prüfbareren Zahlen nach ebenda, S. 109.

lichen Industriegesellschaften“⁷⁹. In gewisser Weise sah die Linke hier romantisiert jene Revolte, die ihnen daheim nicht gelingen wollte. Auch einige westdeutsche Journalisten stießen anfangs in dasselbe Horn. Der Fernsehreporter Gordian Troller (Radio Bremen) verfasste etwa für die ARD eine Dokumentation, die verständnisvoll von einer kulturellen Revolution sprach, „gegen den fremden Lebensstil, der die Verarmung zur Folge hatte“, da sich nur multinationale Konzerne bereichert hätten: Die Islamisten „wollen das Konsumfieber beseitigen, das sich in diesem Verkehrschaos widerspiegelt“; Panik herrsche nur in „Nobelvierteln“. Diese Aussagen untermauerte er mit langen moralischen Reden von Khomeini⁸⁰. Matthias Küntzel zeigte zudem anhand der Protokolle des „Bergedorfer Gesprächskreises“ und der Beiträge zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass auch westdeutsche Intellektuelle und Wissenschaftler diesen romantisierten Blick auf den Iran teilten⁸¹.

Freilich ließen sich nicht alle Linksinтеллектуellen täuschen. Vielmehr berichtete ein linksliberales Blatt wie *Der Spiegel* von Beginn an äußerst kritisch über die Gewalt und Entrechtung im Iran und verurteilte die Exzesse in ausführlichen Titelgeschichten wesentlich härter als die meisten Politiker. So prognostizierten Autoren wie Munir D. Ahmed, der „Islamische Staat“ werde „eine Mischung sein aus faschistischen Staatsideen und der Praxis eines spätmittelalterlichen absolutistischen Staates“, der Frauen und Nichtmoslems diskriminiere⁸². Das Geiseldrama in der amerikanischen Botschaft verschärfte kurze Zeit später diese Wahrnehmung. Kritische Berichte über die Revolutionsgerichte veröffentlichte insbesondere Amnesty International, die die blutigen Strafen genau beschrieb⁸³.

Wie Edward Said unmittelbar nach der iranischen Revolution anhand der britischen Medien herausstellte, wurde *der Islam* zu einem vereinheitlichenden Schlagwort, hinter dem die Vielfalt in den arabischen Ländern verschwand. Der Nahe Osten schien nur noch aus Moscheen, betenden Massen und einer gewaltvollen Bedrohung für den Westen zu bestehen – ein anachronistisches Gegenstück zur demokratischen Moderne⁸⁴. Auch in der westdeutschen Öffentlichkeit dramatisierten Beobachter und Kommentatoren die Ausbreitung des Islam. „In allen Staaten zwischen Marokko und Indonesien ist die Lehre des Propheten wieder auf dem Vormarsch“, hieß es nun etwa im *Spiegel*⁸⁵. Zuvor waren die türkischen

⁷⁹ Joschka [Fischer], Durchs wilde Kurdistan, in: Pflasterstrand Nr. 47 (1979), S. 28–31, hier S. 31.

⁸⁰ Eine Verteufelte Revolution – Iran 1979 – Persien kurz nach der Revolution, ARD 1979; online unter: www.youtube.com/watch?v=ecYdqarp15g [letzter Zugriff 12. 3. 2012].

⁸¹ Vgl. Küntzel, Die Deutschen und der Iran, S. 159–162.

⁸² „Islam: Hoffnung in den Übermenschen“, in: *Der Spiegel* vom 9. 4. 1979, S. 160–168, Zitat S. 162; vgl. auch *Der Spiegel* vom 12. 2. 1979.

⁸³ Vgl. Amnesty International, A report covering events within the seven month period following the Revolution of February 1979, London 1979.

⁸⁴ Vgl. Edward W Said, *Covering Islam: How the Media and the Experts Determine how we see the Rest of the World*, London 1997 [1981], S. 6; vgl. das Vorwort zur Neuauflage, in: Ebenda, S. xvi u. xxvi.

⁸⁵ Vgl. zum Islambild des Spiegels die zitierten Ausgaben vom 11. 12. 1978, S. 152f.; vom 12. 2. 1979, S. 103–106; vom 9. 4. 1979, S. 164.

„Gastarbeiter“ kaum als Teil der islamischen Welt wahrgenommen worden⁸⁶. Im Zuge der iranischen Revolution vermerkten die linksliberalen Journalisten nun auch in der Bundesrepublik das Vordringen von Moscheen, Koranschulen und „radikalen Sekten“ wie der Süleymancilar-Bewegung, was den Islam mit der generell grassierenden Angst vor Sekten und Gurus verband. Derartige Berichte sprachen nun von 1,4 Millionen Moslems in der Bundesrepublik und zitierten hohe westdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre, die einen „islamischen Staat im Staate“ fürchteten. *Die Zeit* titelte sogar: „Khomeinis Arm reicht bis Hamburg“⁸⁷.

Von den Neuen Sozialen Bewegungen intervenierten Vertreterinnen der Frauenbewegung. Prominente Frauenrechtlerinnen wie Simone de Beauvoir protestierten mit Manifesten, zahlreiche westliche Feministinnen reisten auch in den Iran, um gegen die zunehmende Diskriminierung zu demonstrieren und die Gewalt gegen Frauen öffentlich zu machen. So flog auch Alice Schwarzer Mitte März 1979 in den Iran, um die dortigen Frauen zu unterstützen. Wiederum deutete das Regime Gesprächsbereitschaft an. Das hastig gegründete „Internationale Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frauen“ wurde sogar von Khomeini und Bazargan selbst empfangen⁸⁸. Dennoch endete auch hier der „Frühling der Freiheit“ im März 1979. So wurde die amerikanische Feministin Kate Millet aus dem Iran ausgewiesen, andere reisten mit dem Gefühl ab, dass gegen die männliche Repression wenig auszurichten sei. Damit platzte die Hoffnung, in einer globalisierten Welt mit internationaler Öffentlichkeit weltweit Menschenrechte durchzusetzen.

Die Geiselnahme und die Verschleppung von Sanktionen

Mit der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran forderte der radikale Islamismus die westliche Welt auf neuartige Weise heraus. Rund 400 iranische Studenten hatten das Gebäude am 4. November 1979 gestürmt und die 66 amerikanischen Botschaftsmitarbeiter zu ihren Geiseln erklärt⁸⁹. Ursprünglich hatten sie nur eine Besetzung von wenigen Tagen geplant⁹⁰, dann verselbständigte sich die Geiselnahme jedoch zu einer der längsten und dramatischsten der Geschichte. Erst nach 444 Tagen und nach internationalen Sanktionen, Verhandlungen und Zugeständnissen gelang die Freilassung der dann noch 52 Geiseln.

⁸⁶ Diesen Zusammenhang sieht auch Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 260.

⁸⁷ Vgl. *Der Spiegel* vom 7. 1. 1980, S. 38–43; *Die Zeit* vom 27. 8. 1979, S. 5.

⁸⁸ Vgl. Janet Afary/Kevin B. Anderson, *Foucault and the Iranian Revolution, Gender and the Seductions of Islamism*, Chicago 2005, S. 112–117; vgl. als Erfahrungsberichte der Feministinnen „Um ihre Hoffnungen betrogen“, in: *Die Zeit* vom 20. 3. 1979; Emma, Mai 1979.

⁸⁹ Sechs Geiseln konnten zur kanadischen Botschaft fliehen und wurden von der CIA außer Landes gebracht. 13 Geiseln, vor allem Frauen und Afroamerikaner, wurde nach zwei Wochen freigelassen.

⁹⁰ So zumindest ein Kopf der Geiselnnehmer in einem späteren Interview; vgl. Ulrich Encke, *Vom Kaiserreich zum Gottesstaat. Reportagen aus 30 Jahren iranischer Revolution*, Norderstedt 2010, S. 103.

Dass Bürger aus westlichen Staaten durch die revolutionären Proteste und das neue Regime gefährdet sein könnten, war frühzeitig bekannt. Ende 1978 befanden sich schätzungsweise 55.000 Amerikaner und rund 13.000 Menschen mit bundesdeutschem Pass im Iran⁹¹. Die meisten Deutschen waren bei den großen Exportprojekten beschäftigt, besonders bei „Hochtief“ und der KWU-Siemens, in geringerem Maße bei Babcock und der Zimmer AG. Bereits im Dezember 1978 verließen rund 1.400 Deutsche das Land, auch, weil deutsche Schulen geschlossen wurden⁹². Seit Ende 1978 kam es zu vereinzelt Morden an westlichen Ausländern⁹³. Nach Khomeinis Rückkehr schufen vielfältige Straßensperren und -kontrollen, insbesondere nahe des Flughafens, eine Atmosphäre der permanenten Einschüchterung. Da der Hass vor allem Amerikanern galt, half es vielen Bundesbürgern, demonstrativ auf ihre Nationalität hinzuweisen, wenngleich dies zu Kommentaren führte wie „Deutschland, Hitler, sehr gut“⁹⁴.

Die internen Akten belegen, dass die Bundesregierung ebenso wie andere westliche Länder bereits seit November 1978 Evakuierungspläne ausarbeitete. Die Lufthansa sollte größere Maschinen bereithalten, auch die Erhöhung der Flugfrequenz und Verbindungen über Nachbarländer wurden überprüft. Neben einer militärischen Evakuierung aus der Luft mit den westlichen Verbündeten erwog man mit Unterstützung der Sowjetunion eine Evakuierung über das Kaspische Meer⁹⁵. Das Auswärtige Amt setzte dabei auf die Strategie, die eigenen Landsleute informell zur Ausreise zu ermuntern, ohne dies offiziell zu verkünden. Öffentliche Äußerungen, auch zum Schah, sollten vermieden werden, um die Lage der Bundesbürger im Iran nicht zu verschlechtern und die relativ guten Beziehungen nicht zu gefährden⁹⁶. Anfang Januar reisten weitere rund 3.000 Deutsche aus, auch mit zusätzlichen Lufthansa-Maschinen und Militärflugzeugen aus Kanada. Bereits vor der Rückkehr Khomeinis hatte rund die Hälfte der Bundesbürger das Land verlassen. Dennoch hatte der tägliche Linienverkehr immer noch einige freie Plätze, weil viele Deutsche im Iran an eine baldige Normalisierung glaubten⁹⁷. Nach Khomeinis Ankunft rechnete die Bundesregierung intern wiederum mit dem Schlimmsten: Sie hielt zwei Boeing 707 flugbereit, Blutkonserven wurden vorbereitet, zwei Transall-Maschinen mit Spezialisten des Bundesgrenzschutzes flogen nach Zypern⁹⁸. Nach Khomeinis Triumph im Februar konkretisierte eine deutsch-britisch-amerikanisch-französische Arbeitsgruppe die Evakuierungs-

⁹¹ Vermerk Multinational Evacuation, in: BArch, B 136/16650. Die Zahlenangaben schwanken je nach Quelle stark.

⁹² Bericht Oldenkott für Bundeskanzler vom 7. 12. 1978, in: BArch, B 136/16650.

⁹³ So wurde am 23. 12. 1978 der amerikanisch Ölmanager Paul Grimm getötet. Botschaft Teheran vom 7. 1. 1979, in: BArch, B 136/16650.

⁹⁴ Vgl. den Bericht des Spiegel-Reporters Volkhard Windfuhr, „Wann kommt der Schah eigentlich zurück?“, in: Der Spiegel vom 19. 2. 1979, S. 112.

⁹⁵ Bericht Botschaft Teheran an AA vom 2. 11. 1978, Arbeitsstab Iran, 6. 11. und 28. 11. 1978, Bericht Oldenkott für Bundeskanzler vom 7. 12. 1978, alle in: BArch, B 136/16650. Vgl. auch Aufzeichnung Meyer-Landrut v. 10. 1. 1979, in: AAPD 1979, Bd. 1, Dok. 8, S. 43–46.

⁹⁶ Bericht AA vom 10. 11. 1978, in: BArch, B 136/16650.

⁹⁷ Vermerk vom 3. 1. 1979 und 4. 1. 1979, in: BArch, B 136/16650.

⁹⁸ Evakuierungsplan Iran vom 11. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

planung, um 20.000 Menschen auszufliegen: 4.800 Westdeutsche, 8.411 Amerikaner und Japaner, wenn noch Plätze frei seien⁹⁹. Während die westlichen Politiker offiziell den Wechsel gelassen beobachteten oder sogar zum Teil als kleineres Übel begrüßten, war man sich intern der Dramatik der Lage also durchaus bewusst.

Bereits Mitte Februar 1979 besetzte eine radikale Gruppe die Botschaft der USA in Teheran. Khomeini trat jedoch, da er sich international als Hüter der neuen Ordnung etablieren wollte, für den Abzug ein. Bis zum Herbst 1979 kam es zwar immer wieder zur Bedrohung von Ausländern, aber insgesamt schien sich die Lage für sie zu stabilisieren. Geschäftsleute reisten nun wieder in den Iran, da das Öl langsam erneut sprudelte, und gerade die Beziehungen zu europäischen Handelspartnern konsolidierten sich. Aus dem größten deutschen Auftrag, dem fast fertig gestellten und bis heute umstrittenen Kernkraftwerk in Buschehr, zog sich KWU/Siemens im Sommer 1979 zwar aufgrund der ökonomisch und politisch unsicheren Lage zurück, zumal Khomeini die Kernkraft nicht förderte¹⁰⁰. Andere Großaufträge an bundesdeutsche Unternehmen wurden jedoch bestätigt, wie der Bau einer Raffinerie in Isfahan (Thyssen), eines Wärmekraftwerks in Neka (BBC/Deutsche Babcock) oder von Anlagen zur Wasserversorgung in Teheran (Lar-Tunnel-Konsortium Huta Hegerfeld) im Gesamtwert von drei Milliarden Mark¹⁰¹.

Die Lage veränderte sich jedoch im Oktober 1979, als die USA den schwer krebserkrankten Reza Pahlavi zur Behandlung ins Land ließen, vor allem durch die Vermittlung von Henry Kissinger sowie von David und Nelson Rockefeller, die enge geschäftliche Beziehungen zum Iran hatten¹⁰². Da ihm die Islamisten im Iran den Prozess machen wollten und nun vergeblich seine Auslieferung verlangten, flammte der Hass gegen die USA neu auf. Gerüchte kursierten, die USA bereiteten wie 1953 einen Putsch vor, um den Schah wieder einzusetzen. Amerikanische Flaggen gingen in Flammen auf und die US-Botschaft in Teheran wurde zum Ziel der anti-amerikanischen Proteste, bis Studenten sie schließlich erstürmten.

Die Botschaftsbesetzung radikalisierte den Umbau der Islamischen Republik und stand für einen deutlichen Bruch zwischen dem Islamismus und der westlichen Welt. Sie war zwar nicht von Khomeini initiiert, aber er tolerierte sie und setzte ihr, im Unterschied zur Besetzung im Februar 1979, kein Ende. Zugleich nutzte er die Botschaftsbesetzung im Machtkampf um die Ausgestaltung der Isla-

⁹⁹ Vermerk vom 14. 2. 1979, in: Ebenda.

¹⁰⁰ Das im Irakkrieg bombardierte Kraftwerk wurde seit den 1990er Jahren mit russischer Hilfe aufgebaut und blieb wegen eines möglichen iranischen Atomwaffenprogramms umstritten; vgl. Mehdi Askarieh, *A case for sustainable development of nuclear energy and a brief account of Iran's nuclear program*, in: Homa Katouzian/Hossein Shahidi (Hrsg.), *Iran in the 21st Century: Politics, Economics & Conflict*, New York 2007, S. 181–193.

¹⁰¹ Referat 311, Lage im Iran, Okt. 1979, in: BArch, B 136/16651.

¹⁰² Vgl. James A. Bill, *The Eagle and the Lion. The Tragedy of American-Iranian Relations*, New York 1988, S. 322.

mischen Republik und die Abstimmung über die Verfassung¹⁰³. In den vorhergehenden Monaten waren gemäßigte Regierungsvertreter wie Premierminister Bazargan noch für eine gewisse Beschränkung der geistlichen Macht eingetreten. Die neue Revolte gegen die USA stärkte jedoch die Islamisten und ihre Macht auf der Straße. Als Khomeini die Besetzung nicht abbrach, reichte Bazargan sofort seinen Rücktritt ein, eine neue Regierung wurde gebildet, was den gemäßigten Flügel deutlich schwächte.

Offiziell begründete das iranische Außenministerium die Besetzung damit, es handele sich nicht um eine Botschaft, sondern um ein CIA-Spionagenest und die „eigentliche Herrschaftszentrale des Iran“¹⁰⁴. Dass die Besetzer tatsächlich einzelne iranische Informanten der Amerikaner enttarnen konnten, verstärkte im Iran den Hass und den Glauben an Verschwörungstheorien. Ähnlich wie in Vietnam oder später in Mogadischu erfolgte die Demütigung der USA über die weltweiten Bildmedien: Botschaftsangehörige mit Augenbinden, die vor laufenden Kameras vorgeführt wurden, zeigten der Welt die Verletzlichkeit der Supermacht und die Stärke der islamischen Revolution¹⁰⁵.

Die amerikanischen Botschaften waren nun in vielen islamischen Ländern Ziel gewaltsamer Proteste. Insbesondere nachdem Khomeini per Radio verkündet hatte, die USA seien für die Besetzung der Großen Moschee in Mekka verantwortlich (die tatsächlich radikale Islamisten am 20. November 1979 durchführten), entlud sich diese Gewalt grenzübergreifend. In Islamabad und Tripolis wurden die US-Botschaften niedergebrannt. Dieser radikalisierte Konflikt weitete sich auf westliche Länder wie die Bundesrepublik aus. Schon am Tag nach der Besetzung versammelten sich iranische Demonstranten vor der US-Botschaft in Bonn, deren ständige polizeiliche Bewachung nun angeordnet wurde. Ebenso musste die Polizei in Washington Demonstranten für und gegen den Iran trennen. In London traten festgenommene iranische Demonstranten in den Hungerstreik, was wiederum Angst um Briten im Iran verstärkte¹⁰⁶.

Tatsächlich wurde auch die britische Botschaft kurzzeitig besetzt¹⁰⁷. Die bundesdeutsche Botschaft in Teheran erhielt am 10. November 1979 ebenfalls eine entsprechende Drohung. Die Besetzung sollte nicht erfolgen, wenn im Fernsehen ein Brief bekannt gemacht werde, der unter anderem Asylanträge von Schah-Anhängern verurteilte¹⁰⁸. Die deutschen Botschaftsangehörigen blieben deshalb auf Weisung von Außenminister Genscher vorerst Zuhause, dann arbeitete die Botschaft nur mit einem Minimalstab. Zudem ordnete das Auswärtige Amt an, Aktenmaterial zu vernichten, besonders zu Personalfragen. Am gleichen Tag riet die

¹⁰³ Vgl. Christian Emery, The transatlantic and Cold War dynamics of Iran sanctions, 1979–80, in: *Cold War History* 10 (2010), H. 3, S. 371–396.

¹⁰⁴ Presseerklärung des Außenministerium der Islamischen Republik Iran vom 10. 11. 1979, in: *BArch*, B 136/ 16651.

¹⁰⁵ Vgl. als gut zugängliches Zeugnis die abc-Nachrichten vom 11. 11. 1979: www.youtube.com/watch?v=A8bCIDEYbI4 [13. 4. 2012].

¹⁰⁶ Bericht Botschaft London vom 6. 8. 1980, in: *PA/AA*, Bd. 137623.

¹⁰⁷ Bericht britische Botschaft Bonn vom 9. 11. 1980, in: *Ebenda*.

¹⁰⁸ Referat 114 vom 6. 11. 1979, und Referat 213 vom 8. 11. 1979, in: *BArch*, B 136/16651.

Botschaft den noch ca. 1.900 Deutschen im Iran, das Land zu verlassen, was jedoch unauffällig geschehen sollte. Verklausuliert sprach sie von einer „vorsichtigen Ausdünnung“ und riet angesichts des Anti-Amerikanismus, „in jedem Fall sich als Deutscher zu erkennen [zu] geben“¹⁰⁹. Der Botschafter drängte zudem darauf, sich in der Bundesrepublik mit kritischen Äußerungen zurückzuhalten, da dies fatale Folgen für Deutsche im Iran haben könne¹¹⁰. Die Industrie- und Handelskammer schätzte die Gefahr dagegen geringer ein, und verschiedene Firmenvertreter wollten bleiben. Zugleich versuchte die iranische Politik, die Botschaften der anderen Länder zu beruhigen: Sie seien nicht gefährdet, da sie keine Spionagezentren seien. Ayatollah Nouri zog sogar mit Anhängern zu den westlichen Botschaften in Teheran und überreichte ihnen vor den Toren vor laufenden Fernsehkameras Blumen mit Botschaften der Freundschaft, was diese als Zeichen des guten Willens akzeptierten¹¹¹. Auf diese Weise versuchte das neue Regime, die westliche Welt zu spalten.

Vermittlungsversuche gab es auf unterschiedlichen Ebenen. Ergebnislos blieben die Verurteilung der Botschaftsbesetzung durch den Internationalen Gerichtshof oder die Verhandlungsversuche der UN unter Generalsekretär Kurt Waldheim. Wirkungsvoller waren dagegen langfristig die schrittweise verschärften Wirtschaftssanktionen, die die USA gegen den Iran einleiteten. Besonders wirksam war das Einfrieren iranischer Guthaben in den USA am 14. November, immerhin 12 Milliarden Dollar. Offiziell wurde dieser Schritt als Kapitalsicherung bezeichnet, tatsächlich ging es darum, Verhandlungsmasse in die Hand zu bekommen¹¹². Diese Maßnahme erregte jedoch in der gesamten arabischen Welt Unmut, da die USA bisher als sicherer Anlageort für die „Petro-Dollars“ galten, der nun im Fall politischer Konflikte gefährdet schien. Zudem untersagten die USA die Einfuhr iranischen Öls.

Die Bundesrepublik reagierte unmittelbar nach der Geiselnahme ebenfalls, aber zögerlicher. Seit dem 6. November 1979 gab sie keine Bürgschaften mehr bei Exportgeschäften und stoppte die Ausfuhr militärischen Materials¹¹³. Zudem versprach die Bundesregierung, auf Unternehmen einzuwirken, keine Ersatzteile mehr zu liefern sowie iranisches Öl weiterhin nur in US-Dollar und zu OPEC-Bedingungen zu kaufen. Zugleich riet sie den Banken, keine neuen iranischen Konten zu eröffnen und keine Kulanz bei iranischen Zahlungsverzögerungen zu zei-

¹⁰⁹ Vgl. hierzu die täglichen Berichte von Botschafter Ritzel/Teheran vom 11.11., 12.11., 15.11. und vom 16. 11. 1979, in: BArch, B 136/16651.

¹¹⁰ Ritzel vom 18. 11. 1979, in: Ebenda.

¹¹¹ Ritzel vom 18. 11. 1979, und Vermerk Kabinett, in: Ebenda.

¹¹² Stärker als Strafe für Iran und Schutz des US-Dollar bewertet diesen Schritt: Russell Moses, *Freeing the Hostages. Reexamining U.S.-Iranian Negotiations and Soviet Policy, 1979–1981*, Pittsburg 1996, S. 35 f.

¹¹³ Gespräch mit Außenminister Vance am 11. 12. 1979, in: AdSD, 1/HSAA008875. Dies spricht gegen die Einschätzung von Emery, die Bundesrepublik habe die Irankrise zunächst nur als regionalen Konflikt gesehen; vgl. ders., *The transatlantic*, S. 382.

gen¹¹⁴. Die Bundesrepublik setzte folglich wie andere westeuropäische Staaten eher auf weiche Empfehlungen als auf harte Einschnitte.

Die Frage, wie auf die Geiselnahme zu reagieren sei, spaltete dabei zunehmend die westliche Welt und führte zu neuen Belastungen der ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA¹¹⁵. Um den Iran wirklich unter Druck zu setzen, verlangten die USA von ihren NATO-Partnern schmerzhaft Sanktionen. Schon am 20. November drängte Präsident Carter Bundeskanzler Schmidt telefonisch dazu, die Botschaft zu schließen oder wenigstens das Personal zu reduzieren. Schmidt lehnte dies mit Verweis auf die Sicherheit seiner Landsleute im Iran ab¹¹⁶. Noch Ende März warnte der Kanzler Präsident Carter, dass „überstürzte Aktionen eine kontraproduzente Wirkung haben“ und die Verhandlungen weiter erschweren würden. Der Botschafter der Bundesrepublik in Teheran teilte diese Meinung¹¹⁷. Damit spielten sie implizit auf eine militärische Rettungsaktion der USA an, die die Westeuropäer als weitere Zuspitzung fürchteten. Auch die Protokolle von Spitzengesprächen zwischen Schmidt, der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und Giscard verdeutlichen, dass die westeuropäischen Staaten und insbesondere die Bundesrepublik wenig Interesse daran hatte, die Wirtschaftsbeziehungen einzufrieren oder gar iranisches Auslandsvermögen zu blockieren¹¹⁸. Letztlich dominierte die Angst, bei Sanktionen würden die Ölpreise weiter steigen¹¹⁹.

Erschwert wurden die Sanktionsverhandlungen durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979, den die USA ebenfalls mit gemeinsamen Sanktionen gegen die Sowjetunion beantworten wollten. Da für die Bundesrepublik in beiden Fällen besonders wichtige Handelspartner auf dem Spiel standen, die nicht zuletzt Öl und Gas lieferten, hätte sie eine harte Sanktionspolitik selbst empfindlich getroffen. Denn auch 1979 war die Bundesrepublik weiterhin der wichtigste Handelspartner des Iran, wenngleich die deutschen Ausfuhren in den Iran um zwei Drittel gegenüber dem Vorjahr einbrachen¹²⁰. Trotz aller Bedenken gegen ein echtes Embargo betonte Schmidt zugleich, dass die Bundesrepublik im Zweifelsfall solidarisch sein müsste, wenn ein gemeinsames Vorgehen der Verbündeten nötig sei. Auf ein Schreiben des Botschafters in Teheran, der vor Sankti-

¹¹⁴ Vorbereitung Gespräch mit Außenminister Vance vom 11.12.1979, in: AdSD, 1/HsAA008875; Referat 311 vom 3.1.1980, in: BArch, B 136/16652.

¹¹⁵ Vgl. zum diplomatischen Taktieren ausführlich Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*, S. 303–328.

¹¹⁶ Vermerk Kabinettsitzung vom 20.11.1979, in: BArch, B 136/16652.

¹¹⁷ Schmidt an Carter vom 29.3.1980, in: AAPD 1980, Bd.1, Dok. 95, S. 528–530, Zitat S. 529; AL 2 an BK Schmidt zur Vorbereitung Gespräch mit Außenminister Vance vom 11.12.1979, in: AdSD, 1/HsAA008875.

¹¹⁸ Gespräch Schmidt mit Thatcher am 9.5.1980, in: AdSD, 1/HsAA006756; Gespräch Schmidt mit US-Außenminister Christopher am 16.1.1980, Aufzeichnung von Staden, in: AAPD 1980, Bd. 1, Dok. 15, S. 89–91, hier S. 91. Dass Margaret Thatcher für Sanktionen gewesen sei, wie Emery vor allem an publizistischen Quellen ausmacht, kann aus den Akten nicht bestätigt werden; vgl. Emery, *The transatlantic*, S. 384.

¹¹⁹ Vgl. Gespräch Schmidt mit Außenminister Christopher am 16.1.1980, in: AAPD 1980, Bd. 1, Dok. 15, S. 92.

¹²⁰ Aufstellung BMWi vom 26.3.1980, in: BArch, B 136/16652.

onen warnte, notierte der Kanzler handschriftlich: „Ritzel hat recht. 1.) So haben wir auch gegenüber Washington argumentiert – aber USA entscheidet – nicht wir 2.) Man muß Ritzel sagen, warum wir (so weit – und nicht weiter!) in Sachen Iran öffentliche Solidarität mit USA bezeugt haben.“¹²¹ Das erste NATO-Land, das diese Solidarität tatsächlich zeigte und den Handel mit dem Iran einstellte, war ausgerechnet das arme Portugal, obwohl das Land 1978 immerhin ein Sechstel seines Rohöls aus dem Iran bezog¹²².

Der Kalte Krieg prägte weiterhin die Entscheidungsbildung. Die westeuropäischen Länder argumentierten, dass bei einem Wirtschaftsboykott die Sowjetunion und ihre Verbündeten einspringen würden, um nach dem Afghanistan-Einmarsch mit dem Iran ein weiteres Land an sich zu binden¹²³. Tatsächlich erfolgte direkt nach der Geiselnahme keine offizielle Verurteilung von sowjetischer Seite, ebenso wenig von China. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko unterstrich Schmidt gegenüber sogar am 23. November 1979, „daß die Sowjetunion zu all dem positiv stehe, was man mit ‚iranischer Revolution‘ bezeichne“. Niemand dürfe sich hier einmischen¹²⁴. Im Januar stimmten die Sowjets im UN-Sicherheitsrat erwartungsgemäß gegen wirtschaftliche Sanktionen und versuchten, durch Handelsverträge die Beziehungen mit dem Iran auszubauen. Die Intervention in Afghanistan stand einer Annäherung jedoch entgegen. Auch die DDR verkündete schon nach den ersten Sanktionen im November, dass sie und ihre Verbündeten den Iran mit allem Notwendigen versorgen könnten. Unter Federführung von Alexander Schalck-Golodkowski lieferte sie ab 1980 zunehmend LKW und Waffen in den Iran, allein zwischen 1981 und 1983 wohl im Wert von 477 Millionen Valutamark; dazu noch Ausbildungsunterstützung. Entsprechend bezog die DDR seit der Revolution größere Mengen Öl aus dem Reich Khomeinis¹²⁵.

Seit Januar 1980 wurde eine militärische Befreiung der Geiseln erwogen. Die Bundesregierung, aber auch die Briten, sprachen sich dagegen aus, da dies zu einer langfristigen Verstimmung in der islamischen Welt führen könne¹²⁶. Dennoch versuchten die USA am 25. April 1980 im Alleingang, die Geiseln mit acht Hubschraubern zu befreien, ein Unternehmen, das in einem Desaster endete. Die Carter-Administration hatte die westlichen Verbündeten zwar nicht vorab in-

¹²¹ Ritzel an AA vom 19. 1. 1980, in: BArch, B 136/16654.

¹²² Botschaft Lissabon vom 18. 2. 1980, in: Ebenda.

¹²³ Referat 311 vom 3. 1. 1980 sowie Aufstellung BMWi vom 26. 3. 1980, in: BArch, B 136/16652.

¹²⁴ Gespräch Schmidt mit Gromyko am 23. 11. 1979, in: AAPD 1979, Bd. 2, Dok. 344, S. 1770–1784, Zitat S. 1775. Vgl. auch Botschaft Washington an AA vom 24. 11. 1979, in: BArch, B 136/16652.

¹²⁵ Vgl. Harald Möller, DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran, Berlin 2004, S. 226–236, S. 433 u. S. 437; ders., Waffen, S. 70–78; Klaus Storkmann, Geheime Solidarität: Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die „Dritte Welt“, Berlin 2012, S. 93–106; Emery, The transatlantic, S. 378.

¹²⁶ Vermerk und Gespräche Christophers mit Genscher vom 16. 1. 1980, in: PA/AA, B 150 470; Gespräch Schmidt mit Thatcher am 9. 5. 1980, in: AdSD, 1 HSAA006756. Bezüglich der Gerüchte vgl. Ritzel an AA vom 18. 3. 1980, in: PA/AA, B 150 475.

formiert, wohl aber beratende Gespräche geführt¹²⁷. Der Präsident wollte sich mit der Aktion als handlungsfähig erweisen; nun stärkte die peinliche Aktion vor allem seinen Herausforderer Ronald Reagan von der Republikanischen Partei¹²⁸. Das amerikanische Scheitern verbildlichte nochmals die Schwäche einer Supermacht gegenüber der neuartigen islamistischen Herausforderung. Der Iran und die sozialistischen Länder quittierten die Ereignisse mit Spott, während die bundesdeutsche Öffentlichkeit monierte, dass die blamable Aktion im Alleingang erfolgt sei und die weltpolitischen Spannungen verschlimmere¹²⁹. Tatsächlich erschwerte der gescheiterte Befreiungsversuch den Zugang zu den Geiseln, die nun an verschiedene Orte verlegt wurden.

Gelöst werden konnte der verfahrenere Konflikt nur noch über härtere Sanktionen und informelle Verhandlungen. Einen Tag vor der Rettungsaktion sprachen sich die EG-Länder für Sanktionen aus, wenn bis zum 17. Mai keine Freilassung erfolgt sei. Sie betonten aber immer wieder, dass die Sanktionen sie selbst härter trafen als den Iran¹³⁰. Bis dahin wollte man die Zahl der Diplomaten verringern und Waffenlieferungen verbieten. Allerdings bezogen sich die Handelsanktionen nur auf *neue* Verträge seit der Geiselnahme, nicht auf ältere, was wirklich wirtschaftliche Nachteile für die EG-Länder und den Iran bedeutet hätte¹³¹. Insofern konnte der Bundeskanzler auch großen westdeutschen Handelspartnern zusichern, dass ihre Arbeit fortgeführt werden könne¹³². Folglich trugen die westeuropäischen Sanktionen zumindest kurzfristig wenig dazu bei, den Konflikt zu lösen.

Die Bundesrepublik als Mittler bei der Geiselbefreiung

Parallel dazu erfolgten informelle Verhandlungen über die Freilassung der Geiseln. Anfangs bezogen sich die Forderungen der Iraner vor allem auf den Schah. Sie verlangten von den USA erst seine Auslieferung. Dann milderten die Machtha-

¹²⁷ Laut der zugänglichen Akten wurden die Deutschen überrascht. Vgl. Botschaft Washington vom 25. 4. 1980 und vom 28. 4. 1980, in: BArch, B 136/16653; nachrichtendienstliche Quellen besagten wohl, die Sowjetunion würde eine militärische Rettung tolerieren; vgl. Runderlass Vestring vom 4. 12. 1979, in: AAPD 1979, Bd. 2, Dok. 360, S. 1838, Anm. 3. Kissinger bat, jede Kritik zu unterlassen, obgleich oder weil keine Information vorab erfolgte. Eingeweiht wurde wohl Thatcher; vgl. Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*, S. 322.

¹²⁸ Zur Wirkung in den USA vgl. Edward D. Berkowitz, *Something Happened: A Political and Cultural Overview of the Seventies*, New York 2006, S. 222.

¹²⁹ Vgl. die Pressestimmen, in: AdSD, HA HSAA009140.

¹³⁰ Erklärung der Außenminister der Neun zu Iran vom 22. 4. 1980, in: BArch, B 136/16652; Vermerk für Kabinettsitzung vom 14. 5. 1980 und vom 21. 5. 1980, in: BArch, B 136/30561.

¹³¹ Wirtschaftsminister Lambsdorff setzte sich sogar, wenn auch vergeblich, für Freigrenzen bei neuen Verträgen ein; Tischvorlage Kabinettsitzung am 23. 4. 1980; Sprechzettel Regierungssprecher vom 22. 4. 1980, in: BArch, B 136/16653.

¹³² Schmidt an Ewaldsen vom 4. 6. 1980 (Entwurf), in: BArch, B 136/30561. Es greift insofern sicherlich zu kurz, wenn man vornehmlich dem britischen Unterhaus die Schuld an der zahnlosen Sanktion gibt, da sie im starken Maße auch deutschen Auffassungen entsprach. So jedoch Emery, *The transatlantic*, S. 386.

ber in Teheran ihre Forderungen ab und verlangten ein Verhör des Schahs durch eine internationale, vom Iran ausgesuchte Untersuchungskommission in den USA, die entscheiden sollte, ob er vor Gericht gestellt werde. Zudem forderten sie die Rückgabe des Schah-Vermögens und eine offizielle Anerkennung der USA, dass der Schah Verbrechen begangen habe¹³³. Als Reza Pahlavi Mitte Dezember 1979 die USA verließ und im Juli 1980 in Kairo verstarb, drehten sich die Verhandlungen vor allem um finanzielle Forderungen und um Zugeständnisse mit symbolischen Formulierungen. Vor allem ging es beiden Seiten darum, ihr Gesicht zu wahren. Eine Schlüsselrolle bei der Kommunikation zwischen den USA und dem Iran nahm zunächst auch die Schweiz ein, die Noten oder Berichte überbrachte und erste Treffen mit arrangierte¹³⁴.

Die informellen, streng geheim geführten Verhandlungen wurden jedoch maßgeblich über die Bundesrepublik eingefädelt¹³⁵. Während die schweizerischen Vermittlungen auf Präsident Abolhassan Banisadr und Parlamentspräsident Rafsandschani abzielten, waren die westdeutschen Bemühungen letztlich erfolgreicher, da sie sich stärker auf Khomeinis Umfeld konzentrierten¹³⁶. Nach der Befreiung der amerikanischen Geiseln 1981 schrieben viele westdeutsche Medien besonders Außenminister Genscher eine wichtige Rolle zu, ohne jedoch den genaueren Ablauf zu kennen¹³⁷. Die überlieferten Akten zeigen dagegen viele Akteure, und machen besonders die zentrale Bedeutung Gerhard Ritzels deutlich, des bundesdeutschen Botschafter im Iran. Der 1922 in Hessen geborene Diplomat brachte einige Erfahrungen für derartig sensible Gespräche mit: Als Sohn des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinrich Ritzel, der 1933 in die Schweiz emigriert war, hatte er früh die politische Welt kennengelernt. Seit 1951 hatte Ritzel im Auswärtigen Dienst verschiedene Stationen wie Bombay, Colombo, New York und Los Angeles absolviert. Zudem hatte er Ende der 1960er Jahre im engeren Umfeld von Willy Brandt gearbeitet, kurzzeitig auch als persönlicher Referent des neu gewählten Kanzlers. Ritzel amtierte dann in den 1970er Jahren als Botschafter in Oslo und Prag, bevor er 1977 den Posten in Teheran antrat. Während der Revolution zählte er zu den wenigen westlichen Botschaftern mit gutem Kontakt zur islamischen Führungsspitze¹³⁸. So sind zahlreiche Gespräche

¹³³ Vgl. die Aufstellungen hierzu in: BArch, B 136/16652; vgl. auch Botschafter Ritzel an AA vom 14. 11. 1979, in: AAPD 1979, Bd. 2, Dok. 331, S. 1692–1697, hier S. 1694.

¹³⁴ Vgl., allerdings ohne Archivreuen, Thomas Fischer, Die Rolle der Schweiz in der Iran-Geiselnkrise 1979–1981. Eine Studie zur Politik der Guten Dienste im Kalten Krieg, Zürich 2004.

¹³⁵ In den ereignisgeschichtlichen Darstellungen der amerikanischen Seite wird dies kaum erwähnt; vgl. Moses, *Freeing the Hostages*, sowie David R. Faber, *Taken Hostage. The Iran Hostage Crisis and America's first Encounter with Radical Islam*, Princeton 2005.

¹³⁶ Ritzel an AA vom 2. 6. 1980, in: PA/AA, B 150, 480; Botschaft Washington an AA vom 22. 9. 1980, in: PA/AA, B 150 487.

¹³⁷ Zuerst im US-Fernsehsender ABC: *The Secret Negotiations*, 22. 1. 1981, 22.00 Uhr, in der Bundesrepublik dann BILD am 23. 1. 1981, danach viele deutschen Zeitungen am 24. 1. 1981ff. Kritisch insbesondere zum Wahrheitsgehalt des BILD-Berichts das Auswärtige Amt, Referat 213 vom 27. 1. 1981, in: BArch, B 136/16653.

¹³⁸ AL 2 an BK Schmidt zur Vorbereitung Gespräch mit Außenminister Vance vom 11. 12. 1979, in: AdSD, 1/HSA008875; vgl. Gerhard Ritzel, Soweit ich mich erinnere: Aufzeichnungen

Ritzels mit Vertrauten Khomeinis überliefert: Ritzel suchte aktiv das Gespräch mit den Ayatollahs, ihren Mittelsmännern und ihren Vertrauten in der Regierung, wurde aber auch von ihnen aufgesucht.

Schon wenige Tage nach Khomeinis triumphaler Rückkehr hatte Ritzel im Februar 1979 ein Gespräch mit Ayatollah Taleghani geführt. Sein Bericht verdeutlichte den neuen Rahmen für eine Diplomatie mit den islamischen Machthabern, gerade im Unterschied zu den pompösen Auftritten des Schahs: „Schuhe ausziehen, Fenster offen bei ca. plus 3 Grad, Ofen brennt an einer Latte Kistenholz, Teppichboden braune europäische Auslegware billigster Sorte.“¹³⁹ Zugleich fanden die beiden jedoch eine gemeinsame Ebene, die später mit zur Rettung der amerikanischen Geiseln beitrug. So äußerte der Ayatollah: „Wir hätten im Iran eine gute Vergangenheit, an die man anknüpfen könne. Ich erwiderte, dass es auch unsere Hoffnung sei, die Beziehungen vieler guter Jahre fortsetzen zu können.“¹⁴⁰ Bei der Beerdigung von Ayatollah Taleghani 1979 besuchte der deutsche Botschafter eine Moschee und reihte sich in den Trauerzug ein. Danach wurde er, so erinnerte er sich in späteren Aufzeichnungen, oft von fremden Iranern auf der Straße mit einem Lächeln begrüßt¹⁴¹.

Ritzel erschien rasch als Mittler. Schon kurz nach der Geiselnahme wählte das iranische Regime den Botschafter aus Bonn als Emissär einer Botschaft für den Schah¹⁴². Er selbst bot den USA sofort seine Kontakte an und traf sich, auch auf Bitten des amerikanischen Außenministers, rasch mit Ex-Premierminister Bazargan, Ayatollah Besheti und anderen Vertrauensleuten Khomeinis¹⁴³. Die streng geheimen und verschlüsselten Berichte vernichtete er sofort, häufig wurden nur Code-Namen geführt. Für die Geiselnbefreiung waren besonders Ritzels Kontakte zum stellvertretenden Ministerpräsidenten Sadegh Tabatabai entscheidend. Denn Tabatabai besaß sowohl enge Verbindungen zu Khomeini als auch in die Bundesrepublik, wo er lange gelebt hatte. Nach seinem Chemiestudium in Aachen wurde er in Bochum promoviert und hatte in diesen Jahren angeblich auch Ulrike Meinhof Material für ihre berühmte *konkret*-Kolumne gegen den Schah-Besuch vermittelt¹⁴⁴. Mit Khomeini war er verschwägert (seine Schwester war mit Khomeinis Sohn verheiratet) und stand schon im Pariser Exil eng an seiner Seite. Er war zugleich im Mai 1979 der erste Vertreter des neuen Regimes, der einen offiziellen Deutschlandbesuch machte und mit Otto Graf Lambsdorff (FDP) zu-

eines Dieners der Diplomatie über Länder, Erlebtes, Gehörtes, Empfundenes und Gedachtes, Michelstadt 1998, S. 196–200.

¹³⁹ Botschafter Ritzel/Teheran an AA vom 7. 2. 1979, in: BArch, B 136/16651.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Vgl. Ritzel, Soweit ich mich erinnere, S. 194.

¹⁴² Vgl. Botschafter Hermes/Washington an Montfort vom 1. 12. 1979, in: AAPD 1979, Bd. 2, Dok. 357, S. 1827–1829, hier S. 1828; Aufzeichnung von Staden vom 11. 12. 1979, in: Ebenda, Dok. 371, S. 1884–1887, hier S. 1885; Ritzel, Soweit ich mich erinnere, S. 201–205.

¹⁴³ Ritzel an AA vom 2. 1., 20. 1., 21. 1. und vom 18. 3. 1980, in: PA/AA, B 150 471.

¹⁴⁴ Ein Dossier zu Tabatabai in den Unterlagen BK Schmidt 1979, in: AdSD, 1/HSAA008863, Bestand Schmidt. Seinen Kontakt zu Ulrike Meinhof, der hier nicht nachgewiesen werden kann, ermittelte die ZEIT, zit. in: Küntzel, Die Deutschen und der Iran, S. 164.

sammentraf. Auch die Botschaft in Teheran hatte einen guten Zugang zu ihm, ebenso pflegte er ein vertrautes Verhältnis zu wichtigen Auslandskorrespondenten wie Peter Scholl-Latour¹⁴⁵. Da Tabatabai deutsch sprach, musste zudem kein Übersetzer mit eingeweiht werden.

Am 21. März 1980 traf sich nach Ritzels Vorarbeiten auch Genscher mit Tabatabai zu einem Gespräch, das sein Verhandlungsgeschick bewies: Der Außenminister betonte, dass er seit seiner Ernennung 1974 nie den Iran unter dem Schah besucht und nie einen offiziellen Besuch des iranischen Außenministers empfangen habe. Die Geiselnahme sprach Genscher dezent mit indirektem Lob für das Regime an: „Ohne die Geiselfrage würde die iranische Revolution auch bei uns mit viel mehr Sympathie und Verständnis gesehen werden“. Zudem schlug Genscher ein privates, zufällig wirkendes Treffen vor, zu dem Vertreter der Vereinigten Staaten kommen könnten. Anschließend informierte er telefonisch den amerikanischen Außenminister¹⁴⁶. Schon zwei Wochen später führte Genscher ein weiteres Gespräch mit Tabatabai, bei dem er eine schnelle Überstellung der Geiseln verlangte und mit Sanktionen drohte¹⁴⁷. Wenngleich diese Treffen vorerst ergebnislos blieben, festigten sie das Vertrauen in die westdeutsche Diplomatie, zumal die Amerikaner in dieser Zeit keine substanziellen Verhandlungspartner fanden. Im Nachklang übermittelte Ritzel, der weiterhin regelmäßig Tabatabai und andere Khomeini-Vertraute traf, entscheidende Zusicherungen von den USA für eine Geiselfreilassung: den Verzicht auf anschließende Strafaktionen, die Freigabe des iranischen Vermögens in den USA, normale Wirtschaftsbeziehungen und die Unterstützung von Gerichtsverfahren, um das Vermögen des Schahs in den USA einzuklagen¹⁴⁸. Einzelgespräche hielten diesen Kontakt am Leben, etwa durch den SPD-Abgeordneten und Nahost-Experten Hans-Jürgen Wischniewski, der Tabatabai am 19. August 1980 in Bonn traf, da er ihn aus dessen Zeit in der Bundesrepublik und der Sozialistischen Internationale kannte¹⁴⁹.

Anfang September führte Botschafter Ritzel in Teheran entscheidende Vorgespräche, aus denen sich eine Lösung entwickelte. Zunächst sprach er mit Präsident Banišadr, dann mit Ayatollah Beheshti und schließlich am 9. September 1980 mit Tabatabai¹⁵⁰. Tabatabai vereinbarte mit Khomeinis Sohn Ahmad und Parlamentspräsident Rafsandschani daraufhin ein Prozedere zur Freilassung der Geiseln. Konkret ging es um drei Forderungen, die in Bonn zu verhandeln seien: die Freigabe eingefrorener iranischer Guthaben; eine Zusage der USA, nicht im Iran zu intervenieren; die Rücküberstellung des Vermögens, das der Schah ins

¹⁴⁵ Vgl. Scholl-Latour, Allah, S. 196 f.

¹⁴⁶ Gespräch Genscher mit Tabatabai am 21. 3. 1980, in: AAPD 1980, Bd. 1, Dok. 88, S. 496–501, Zitat S. 498; vgl. Aufzeichnung Botschafter Ruth/Washington vom 16. 4. 1980, in: Ebenda, Dok. 113, S. 618–622, hier S. 620.

¹⁴⁷ Vgl. Gespräch Genscher mit Tabatabai am 3. 4. 1980, in: AAPD 1980, Bd. 1, Dok. 88, S. 501, Anm. 14.

¹⁴⁸ Schlagintweit an Ritzel vom 28. 5. 1980, in: PA/AA, B 150 479.

¹⁴⁹ Aufstellung zur Geiselnahme von Referat 311, S. 14, in: BArch, B 136/16653.

¹⁵⁰ Am 3. 9. und 6. 9. 1980, vgl. Aufstellung zur Geiselnahme von Referat 311, S. 14, in: BArch, B 136/16653.

Ausland geschafft hatte¹⁵¹. Tatsächlich kam es auf dieser Basis am Rande einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Lage im Iran am 16. und 18. September 1980 zu Geheimverhandlungen in Bonn. Die Protagonisten dieser Gespräche waren Genscher, Tabatabai und Warren Christopher, wobei der Deputy Secretary of State unauffällig mit einem kleinen Flugzeug aus London angereist war. Die USA erklärten sich bereit, eingefrorene Vermögen freizugeben, militärische und politische Zurückhaltung zu üben und die Rückführung des Schah-Vermögens zu unterstützen (was Tabatabai als wichtigsten Punkt benannte). Christopher sicherte zu, die USA würden bereits vorab Sicherheiten gewähren¹⁵². Im Iran teilte wiederum Ritzel mit, Präsident Carter sei mit dem Verhandlungsergebnis einverstanden¹⁵³. Darüber hinaus regte er die Lieferung von Ersatzteilen für iranische Waffen durch die USA an¹⁵⁴.

Alle weiteren Absprachen und Kontakte sollten über den bundesdeutschen Botschafter laufen. Ritzel stand nun regelmäßig mit Tabatabai in Kontakt und traf ihn allein im Oktober 1980 achtmal¹⁵⁵. Dabei informierte Tabatabai seine deutschen Gesprächspartner über Unterredungen mit Khomeini, und sie kamen überein, es sei das Beste, alle Geiseln zeitgleich freizulassen¹⁵⁶. Besonders wichtig war, dass Ritzel und dann auch Genscher gegenüber Tabatabai erklärten „dass wir gegenüber Iran Garant für die Einhaltung der von USA einzugehenden Verpflichtungen sein würden“¹⁵⁷. Genscher sicherte Tabatabai sogar zu, er werde sich nach Freilassung der Geiseln „um eine positive Beeinflussung der öffentlichen Meinung über den Iran bemühen“¹⁵⁸. Da Tabatabai im Falle von Khomeinis Tod fürchtete, als Verräter ermordet zu werden, sicherte Ritzel ihm zudem die Vernichtung aller Unterlagen zu¹⁵⁹. Tatsächlich griff Khomeini die ausgehandelten Bedingungen in einer öffentlichen Rede auf, die Ritzel als Direktive für das Parlament interpretierte. Dass es dennoch zu Verzögerungen kam, lag am Ausbruch des iranisch-irakischen Kriegs, der mit dem Angriff der Truppen von Saddam Hussein am 22. September 1980 begonnen hatte.

¹⁵¹ Ritzel an AA vom 10.9.1980, in: AAPD 1980, Bd. 2, Dok. 265, S.1375.

¹⁵² Gesprächsnotizen vom 16.9., 17.9., 18.9. und vom 19.9.1980, in: PA/AA, B 150 487. Vgl. Montfort an Ritzel vom 19.9.1980, in: AAPD 1980, Bd. 2, Dok. 275, S.1416; Warren Christopher, *Chances of a Lifetime: A Memoir*, New York 2001, S.110f. Er erinnerte sich, dass besonders die Freigabe des Schah-Vermögens wegen des US-Bankengesetzes ein schwieriger Punkt war. Vgl. zudem Moses, *Freeing the Hostages*, S.253f. u. S.258–262.

¹⁵³ Botschaft Washington vom 22.9.1980, in: PA/AA, B 150 487.

¹⁵⁴ Ritzel an AA vom 22.9.1980, in: Ebenda; Botschaft Washington an Genscher vom 15.10.1980, in: PA/AA, B 150 488.

¹⁵⁵ Aufstellung, in: PA/AA, B 150 489.

¹⁵⁶ Vgl. auch zum folgenden: Montfort an Ritzel vom 19.9.1980, in: AAPD 1980, Bd. 2, Dok. 275, S.1414–1416, und Aufzeichnung Montfort vom 14.10.1980, in: Ebenda, Dok. 291, S.1516–1518.

¹⁵⁷ Ritzel an AA und Genscher an AA vom 17.10.1980, in: PA/AA, B 150 489.

¹⁵⁸ Telefongespräch Genscher-Tabatabai vom 27.10.1980, in: Ebenda.

¹⁵⁹ Ritzel an AA vom 9.11.1980, in: PA/AA, B 150 490. Das Auswärtigen Amt bewahrte diese aber auf.

Die Übertragung der iranischen Vermögenswerte wurde über Algerien abgewickelt, das als islamisches Land das Vertrauen des Iran besaß. Algerien galt schon im Februar 1980 als ein möglicher Unterhändler¹⁶⁰. Das Begräbnis des jugoslawischen Präsidenten Tito am 8. Mai 1980, zu dem führende Politiker aus aller Welt und ganz unterschiedlicher Couleur kamen, erwies sich als einmaliger Verhandlungsort. Helmut Schmidt bat hier den algerischen Präsidenten Chadli Bendjedid, sich für die Überstellung der Geiseln einzusetzen. Als der Bundeskanzler erklärte „ohne Einmischung von außen werde man sicher eine Lösung finden“, erwiderte sein algerischer Kollege „Algerien würde sein Möglichstes tun“¹⁶¹. Den Kontakt mit dem algerischen Botschafter in Teheran hielt wiederum Ritzel, der trotz Krankheit bis 1981 auf seinem Posten blieb, um die Freilassung der Geiseln mit abzuwickeln¹⁶².

Die abschließenden Verhandlungen, bei denen es vor allem um Finanzfragen und die Übergabemodalitäten ging, führten dann jedoch die USA, vertreten insbesondere durch Vize-Außenminister Warren Christopher, und Algerien, wobei die algerischen Politiker wiederum mit dem Iran sprachen¹⁶³. Beide Seiten stimmten schließlich zu, dass die USA rund acht Milliarden Dollar eingefrorener iranischer Gelder bei der algerischen Zentralbank hinterlegen und nach Freilassung der Geiseln die Blockade iranischen Vermögens aufheben sollten. Zur Deckung iranischer Schulden in den USA wurde Geld aus gesperrten iranischen Bankguthaben, iranisches Währungsgold und Zentralbankguthaben einbehalten, was die schließlich transferierte Summe erheblich senkte. Die sogenannten *Algier Accords* vom 19. Januar 1981 garantierten zudem die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen, die Blockierung des Schah-Vermögens und eine Erklärung zur Nicht-Einmischung der USA im Iran, auf die der Iran noch heute pocht¹⁶⁴. Diese Regelungen waren für beide Seiten akzeptabel: Die USA argumentierten, dass sie nur das zurückerstatteten, was ohnehin dem Iran gehörte, und Verbindlichkeiten absicherten; der Iran erhielt damit neben symbolischen Zugeständnissen vor allem Zugang zu Devisen, die er im Krieg mit dem Irak besonders für Waffenkäufe einsetzen konnte.

Dass die Geiseln über Algier zunächst zu einer US-Militärbasis in Wiesbaden geflogen wurden, wo Helmut Schmidt und der gerade abgewählte US-Präsident Carter sie begrüßten, verstärkte auch öffentlich den Eindruck, die Bundesrepublik habe zur Rettung maßgeblich beigetragen. Vor laufender Kamera und in

¹⁶⁰ Botschaft Teheran vom 14. 2. 1980, in: BArch, B 136/16654.

¹⁶¹ Gespräch Schmidt mit Bendjedid am 8. 5. 1980, in: AdSD, 1 HSAA006756. Im Rückblick: Referat 213 vom 27. 1. 1981, in: BArch, B 136/16653.

¹⁶² Ritzel an AA vom 3. 11. 1980, in: PA/AA, B 150 490. Anschließend arbeitete Ritzel im Bundeskanzleramt als Leiter der Abteilung 6 (Bundesnachrichtendienst, Koordinierung der Nachrichtendienste des Bundes, Geheimschutz), 1983–1988 dann als Botschafter in Stockholm.

¹⁶³ Sehr anschaulich die Erinnerungen bei Christopher, *Chances of a Lifetime*, S. 116–123.

¹⁶⁴ Vorlage Sitzung Bundeskabinett vom 21. 1. 1981, in: BArch, B 136/16653; vgl. Moses, *Freeing the Hostages*, S. 252–326. Die *Algier Accords* vom 19. 1. 1981 sind nun online einsehbar: http://www.parstimes.com/history/algiers_accords.pdf [9. 3. 2015].

einem persönlichen Schreiben bedankte sich Carter bei den Deutschen und strich so Balsam auf die Wunden der deutsch-amerikanischen Freundschaft: „They helped us in ways which I can never reveal publicly to the world“, schrieb Carter¹⁶⁵. Intern dankte er besonders dem deutschen Botschafter: „Working patiently, Ritzel brought Tabatabai to accept being a middle man for the American government, passing on messages to the Ayatollah through Ahmed Khomeini.“¹⁶⁶ Eine interne Auswertung des Auswärtigen Amtes merkte zwar bescheiden an, dass Genschers und Ritzels Handeln nicht ursächlich für die Befreiung der Geiseln gewesen sei¹⁶⁷, doch bei Licht betrachtet war es gerade Ritzels ebenso mutiges wie feinfühliges Engagement in Teheran, das die entscheidenden Gespräche mit ermöglichte hatte. Damit zahlte es sich am Ende aus, dass er auch nach Khomeinis Rückkehr den Kontakt zu islamischen Geistlichen und den neuen Machthabern gesucht hatte und sich auf ein Land im Umbruch einließ.

Ausblick: Die islamische Revolution und der Menschenrechtsdiskurs

Die iranische Revolution vollzog sich in einer Zeit, als der Menschenrechtsdiskurs aufblühte. Am Beispiel des Umgangs mit der iranischen Revolution zeigte sich jedoch, welche geringe Bedeutung dieser für das Handeln der politischen Eliten – und man muss hinzufügen: auch für größere Teile der politischen Linken – in der Bundesrepublik hatte. Selbst als die Gewalt nach Errichtung der islamischen Republik weiter eskalierte, dominierte eine Politik der Toleranz. Unmittelbar nach Ende der Geiselnahme bemühte sich die Bundesrepublik wieder um eine Normalisierung der Beziehungen, weiterhin mit ökonomischen und antikommunistischen Motiven. Im Spätsommer 1981 stellte etwa das Auswärtige Amt nüchtern intern fest, dass es im Iran seit der Absetzung des iranischen Präsidenten Banisadr im Juni täglich ca. 30 Hinrichtungen gebe, aber Außenminister Genscher erklärte seinem iranischen Kollegen Mir Hossein Mussawi laut einem internen Protokoll nur, die Bundesrepublik würde „jeden Akt der Gewalt bedauern“, und umwarb das Ölland zugleich: „Wir sind ihrer Revolution ohne Vorbehalt entgegengetreten. Wenn Sie gute Beziehungen haben wollen, werden Sie gute Beziehungen haben.“¹⁶⁸ Und der neue bundesdeutsche Botschafter in Teheran, Jens Petersen, mahnte vor der Industrie- und Handelskammer im Oktober 1981, bei der medialen Kritik an den Hinrichtungen im Iran würden Hinweise fehlen, „in welchem Maße diese Unmenschlichkeiten durch die Terrorakte der militanten Linksopposition“ veranlasst seien¹⁶⁹.

Erst im Oktober 1981 fokussierte sich der Menschenrechtsdiskurs stärker auf den Iran. Nachdem zwischen der Revolution Anfang 1979 bis zum Sturz Banisadr

¹⁶⁵ Botschaft Washington vom 22. 1. 1981, in: BArch, B 136/16653.

¹⁶⁶ Transkript Anhang, in: Ebenda.

¹⁶⁷ Referat 213 vom 27. 1. 1981, in: BArch, B 136/16653.

¹⁶⁸ Gespräch Genscher mit Mussawi am 8. 10. 1981, in: AAPD 1981, Bd. 3, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, Dok. 292, S. 1568–1570, Zitate S. 1569.

¹⁶⁹ Botschafter Teheran Jens Petersen an AA vom 25. 10. 1981, in: PA/AA, Bd. 137673.

am 21. Juni 1981 „nur“ schätzungsweise 2.000 Menschen hingerichtet worden waren, gab es in den drei Monaten danach ebenso viele Hinrichtungen, dazu kam eine viel größere Zahl an Toten bei Kämpfen gegen Kurden¹⁷⁰. Ausschlaggebend für die beginnende Empörung in der Bundesrepublik waren vor allem Medienberichte über hingerichtete Jugendliche und Kinder, etwa in der Tagesschau am 11. Oktober und in Panorama am 27. Oktober 1981. Schüler und erwachsene Bürger wandten sich nun zahlreich mit Schreiben und Unterschriftenlisten an die Politik. Daraufhin protestierten auch mehrere Politiker wie etwa Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) beim Empfang für den UN-Menschenrechtsausschuss¹⁷¹. Probleme gab es zudem, weil der Iran Druck auf deutsche Unternehmen wie Bayer ausübte, ihre Anteile kostenlos dem iranischen Staat zu übertragen¹⁷². In den Monaten nach dieser öffentlichen Entrüstung sprach auch Genscher „die hohe Zahl an Todesurteilen“ bei seinen Gesprächen mit iranischen Politikern deutlicher an, auch gegenüber Parlamentspräsident Rafsandschani 1984¹⁷³.

Dennoch pflegte kein westliches Land weiterhin so sehr den Kontakt zu Khomeinis Iran wie die Bundesrepublik. Die etablierten ökonomischen und kulturellen Beziehungen überlagerten die kritische Rhetorik der Medien. 1983 lag der Wert der deutschen Exporte bereits bei 7,7 Milliarden DM¹⁷⁴. Die bundesdeutschen Ausfuhren in den Iran stiegen in der Folgezeit deutlich an und machten in den 1990er Jahren bis zu 50 Prozent der gesamten EG-Exporte in den Iran aus¹⁷⁵. Waffenlieferungen wurden zwar wegen des bis 1988 dauernden Kriegs mit dem Irak eingeschränkt, aber man sprach auch während der Hinrichtungswelle 1983 bereits über mögliche Rüstungsexporte nach Kriegsende, wie etwa über die Lieferung von U-Booten, Alpha-Jets und Panzern¹⁷⁶. Entsprechend suchte die Bundesrepublik stärker als andere Länder auch den politischen Austausch. 1981 war die Bundesrepublik das erste westliche Land, das iranische Staatsmänner empfing und Außenminister Genscher reiste 1984 als erster hochrangiger westlicher Politiker zu einem Staatsbesuch in den Iran. Noch in den 1990er Jahren bemühte sich sein Nachfolger Klaus Kinkel intensiver als seine westlichen Kolle-

¹⁷⁰ Amnesty nannte 1.800 Hinrichtungen in den drei Monaten; Bericht Ref. 311 vom 23. 11. 1981, und Bericht Botschaft Teheran vom 2. 11. 1981, in: PA/AA, Bd. 137673.

¹⁷¹ Diverse Unterlagen in: PA/AA, Bd. 137673.

¹⁷² AAPD 1983, Bde. 1 u. 2, bearb. von Tim Geiger, Matthias Peter und Mechthild Lindemann, München 2014, hier Bd. 1, Dok. 156, S. 817, Anm. 7.

¹⁷³ Vgl. Gespräch Genscher mit Botschafter Velayati am 5. 2. 1982, in: AAPD 1982, Bd. 1, bearb. von Michael Ploetz, Tim Szatkowski und Judith Michel, München 2013, Dok. 43, S. 212–216, hier S. 215; vgl. auch Gespräch Genscher mit Rafsandschani am 21. 7. 1984, in: AAPD 1984, Bd. 2, bearb. von Daniela Taschler und Tim Szatkowski, München 2015, Dok. 201, S. 934–937, hier S. 935. Dennoch zog Genscher eine positive Bilanz des Gesprächs; Genscher an Außenminister Shultz v. 23. 7. 1984, in: Ebenda, Dok. 203, S. 941 f.

¹⁷⁴ Bericht Botschaft Teheran vom 15. 9. 1984, in: PA/AA, Bd. 137754.

¹⁷⁵ Vgl. im internationalen Vergleich Roger Howard, *Iran Oil: The New Middle East Challenge to America*, London/New York 2003, S. 67. Sehr kritisch zur weiteren Entwicklung Küntzel, *Die Deutschen und der Iran*, S. 151–176.

¹⁷⁶ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat Schlagintweit vom 26. 9. 1983, in: AAPD 1983, Bd. 2, Dok. 278, S. 1402 f.

gen um den Dialog mit dem Iran. Ebenso blieben eingespielte Unternehmensbeziehungen größtenteils bestehen. Der Iran behielt etwa weiterhin sein großes Paket von Krupp-Aktien und der Konzern damit einen Vertreter von Khomeinis Regime in seinem Aufsichtsrat. Vor allem die im Westen ausgebildeten technisch-ökonomischen Eliten ermöglichten die weitere Zusammenarbeit. Dafür nahm die Bundesrepublik beträchtliche Spannungen zu den USA in Kauf. Erst der Druck der USA gegen Unternehmen mit iranischen Anteilen führte 2003 dazu, dass Thyssen-Krupp die iranischen Anteile weitgehend aufkaufte und die Partnerschaft beendete, um sein amerikanisches Geschäft nicht zu gefährden.

Die Menschenrechtspolitik und -rhetorik konzentrierte sich lange auf andere Regionen und Länder wie Südafrika oder Chile. Gegenüber den ölreichen arabischen Staaten, die Gewalt und Terrorismus unterstützten und ihre Bevölkerung folterten, verblasste sie hingegen sowohl in der Politik als auch bei sozialen Bewegungen. So reiste Genscher 1979 auch mit großer Delegation nach Libyen, das ein Fünftel seiner gewaltigen Ölexporte an die Bundesrepublik lieferte, und förderte hier die Wirtschaftskontakte mit dem Argument, dass sonst die Sowjetunion dies ausnutze, die bereits Rüstungsgüter liefere und einen Versuchsreaktor in Libyen errichtet habe. Dass Gaddafis Regime den Terrorismus unterstützte und seine Truppen in den Tschad schickte, änderte an der Libyen-Politik der Bundesregierung nichts¹⁷⁷. Während in der (Medien-)Öffentlichkeit mit der iranischen Revolution die Angst vor einem radikalisierten Islam aufflammte, blieb die Politik stärker in den Koordinaten des Kalten Kriegs verhaftet und dabei wirtschaftspolitisch pragmatisch.

¹⁷⁷ Vgl. Tim Szatkowski, *Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982*, München 2013.